

Bezugspreis: Vierteljährlich 16.50 RM., monatlich 4.50 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Raumverteilung ...

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Sonntagabend, den 21. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Betriebsrätewahlen und Auslieferung.

S. P. D. - Funktionärskonferenz.

In einer sehr hart besuchten Konferenz der Groß-Berliner Parteifunktionäre, die gestern Abend im „Deutschen Hof“ ...

nicht Kandidaten aufstellen, die sich mit dem großen Mund hervortun, sondern die sich in praktischer Tätigkeit als tüchtig bewährt haben ...

nicht nach politischen, sondern nach gewerkschaftlichen Grundfragen zu führen. Trotzdem werden wohl die Angestellten, wie die Verhältnisse jetzt liegen, um den politischen Kampf nicht herumkommen ...

Prolet zeigte, daß es eine offensivere Unwahrheit ist, wenn die „Freiheit“ behauptet, von unserer Seite sei zuerst der Wahlkampf nach politischen Gesichtspunkten vorbereitet ...

feinen Zweck hat, mit uns in Verhandlungen einzutreten, da man um den politischen Kampf bei den Wahlen nicht herumkommen kann ...

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Der Wahlkampf um die Betriebsräte hat begonnen. Zum ersten Male treten die organisierten Arbeiter und Angestellten, gestützt auf Verfassung und gesetzliche Rechte, an die Aufgabe heran ...

Nur eine Zusammenfassung aller auf dieses Ziel gerichteten Kräfte vermag und sichert die Erreichung dieses Zieles. Ihrer Verantwortung gegenüber den großen Aufgaben der Gegenwart bemüht, hat die Leitung der S.P.D.-Arbeiter- und Betriebsräte versucht, eine Verständigung über ein geschlossenes Vorgehen ...

Mit der Ablehnung von Verhandlungen über ein geschlossenes Vorgehen mit der einseitigen Berufung der Kandidaten auf politische Phrasen ...

wahlen zu einem Siege der wahrhaften Gewerkschaftler zu gestalten!

Beschlossen wurde noch, daß in den Betrieben, wo die Angestellten keine Parteilisten aufstellen, auch die Anhänger der S. P. D. von der Aufstellung einer besonderen Angestelltenliste absehen.

Hierauf sprach Ulrich Hauser über die Stellung der Sozialdemokratie zur Auslieferungsfrage.

Einleitend sagte er, die Fragen der Auslieferung und der Aburteilung der auf der Entzweieltste Stehenden wird bei den politischen Wahlen eine so große Rolle spielen, daß es Pflicht jedes Parteigenossen ist, dazu Stellung zu nehmen. Der Redner besprach die Entwicklung und die neueste Wendung der Auslieferungsfrage und kennzeichnete die agitatorische Ausnutzung dieser Angelegenheit durch die deutschnationale Presse, deren Haltung so widersprüchlich sei, daß man sich fragen müsse, ob die Dummheit der Zeitungsschreiber oder ihrer Leser größer sei. Das Treiben der Deutschnationalen sei ein Spiel mit der Existenz des Reiches. Er hoben jetzt erreicht, daß wir in der Aburteilung die Vorhand haben. Nun können wir zeigen, was in Deutschland rechtens ist. Daß wir eine Abänderung des Versailleser Vertrages erreichen würden, konnte doch niemand erwarten. Ungewissheit bei der Regierung in der Auslieferungsfrage einen Erfolg erreicht. Es ist doch nicht anzunehmen, daß sich deutsche Richter in ihrem Urteil dadurch beeinflussen lassen, daß es von anderer Seite nicht anerkannt werden könnte. Selbst wenn die Entente ihre ganze Bitte zurückgezogen hätte, müßten wir auf Grund der zu unserer Kenntnis gekommenen Anschuldigungen die Aburteilung der Angeklagten einleiten. (Sehr richtig!) Wir wollen bei uns reinen Tisch machen.

und fahrt, was an den Anschuldigungen wahr ist. Es muß alles gesühnt werden, was wir an Kriegsverbrechen erlebt und was wir brauchen mit eigenen Augen gesehen haben. Nicht aus Gerechtigkeitsgefühl stellt die Entente das Verlangen der Aburteilung.

Deshalb legen eben diese schmutzige Karte wie bei uns.

Nach sie verdienen, vor Gericht gestellt zu werden. Aus dem Mordgefühle der Kriegsgegner ist das Verlangen nach Aburteilung entstanden. Wir müssen auf dieser Sache das Beste herausheben nach dem Grundsatze, daß denen, die für das Recht sind, alle Dinge zum Besten dienen. Gegenüber dem schamlosen Treiben der Deutschnationalen müssen wir wie eine Mauer zusammenstehen, damit diese Karte nicht die Gesichte des Deutschen Reiches zum Unheil wenden. Wir dürfen nicht glauben, daß jetzt noch der Erledigung der Auslieferungsfrage alles von selbst wieder in Ordnung kommt. Jetzt geht der Kampf mit den Deutschnationalen erst los. Wir werden jedem auf die Finger klopfen, der die Tür der Gerechtigkeit zuschlagen will. Recht muß Recht bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins billigen die Haltung der Regierung in der Auslieferungsfrage; Deutschland hat sich damit einen gangbaren Weg aus einer unerträglichsten Bestimmung des Friedensvertrages geschaffen. Sie erwarten, daß dieser Weg nun mit aller Entschlossenheit beschritten wird und begründen den Willen der Regierung, das Verfahren in Leipzig im Rahmen des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 und der Note vom 25. Januar 1920 auf energischste zu betreiben. Neben Verzicht, der Rechtsprechung in den Arm zu fallen und bei Richtern oder Angeklagten nationalistische Verheerung zu treiben, wird die Sozialdemokratische Partei in schärferer Gegnerschaft mit allen Mitteln nicht zurückweichen!“

Schließlich wurde noch eine an die Adresse der dänischen Parteigenossen gerichtete Resolution einstimmig beschlossen. Sie lautet:

„Die Verammlung der Groß-Berliner Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute spricht den dänischen Genossen anlässlich ihrer Liebesboten, von hohem Opfermut getragenen Aufnahme und freundschaftlicher Begleitung der durch den unerbittlichen Krieg unterernährten und verelendeten deutschen Proletarierkinder tiefempfundenen Dank aus mit dem besonderen Wunsch, daß das Band der Solidarität enger denn je die Sozialisten aller Länder umschließen möge.“

Reichseisenbahnen ab 1. April.

Am Freitag fanden unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Veit die abschließenden Besprechungen über den Übergang der deutschen Eisenbahnen auf das Reich statt. Es wurde in allen Punkten mit Ausnahme der Finanzfrage eine Verständigung erzielt. Die Verhandlungen über letztere werden unter dem Vorsitz des Finanzministers Erzberger fortgesetzt. Sofern auch diese Besprechungen zu einer Verständigung führen, soll der Staatsvertrag zwischen dem Reich und den Ländern unverzüglich dem Reichskabinett und den Kabinetten der beteiligten Länder vorgelegt werden und sodann mit größter Beschleunigung an die Verfassung gebenden Körperschaften gehen, damit der Übergang des Eigentums und der Verwaltung der Eisenbahnen auf das Reich zum 1. April dieses Jahres durchgeführt werden kann.

Das Attentat auf Erzberger vor Gericht.

Berlin, 20. Februar. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Täter von Hirschfeld, der das Attentat auf Erzberger verübte, beginnt heute um 9 1/2 Uhr.

Außenhandel und Wirtschaftseinheit.

Von Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt.

Man hört vielfach den Vorwurf, das Reichswirtschaftsministerium sei in der Frage der Ausfuhrkontrolle nicht mit der nötigen Entschiedenheit vorgegangen. Es geschieht nichts, ist eine der üblichen Redensarten, und sieht man näher zu, dann sind die Kritiker nicht selten über die einfachsten Vorgänge nicht informiert und tun sehr verwundert, wenn man ihnen nachweist, daß ihre Vorschläge offene Türen einrennen. Nie hat eine freie Ein- und Ausfuhr bestanden und die viel genannte Einfuhr von Zigaretten und Schokolade ist nur durch Schieber und sonst ausschließlich durch das Hoch im Westen erfolgt.

Durch die Verordnung vom 20. Dezember 1919 sind zahlreiche Warengattungen erneut unter Ausfuhrverbot gestellt worden. Dies gilt namentlich für den Bereich der Textilindustrie, der Glas- und keramischen Industrie.

Die mit der Erteilung von Ausfuhrbewilligungen betrauten Außenhandelsstellen und Zentralstellen sind alsbald dazu übergegangen, eine Preisprüfung, wo sie noch nicht bestand, in die Wege zu leiten. Gewiß ist an der Organisation und Methode der Preisprüfung noch manches zu verbessern, ist dies aber in erster Linie eine Aufgabe der wirtschaftlichen Fachverbände sowie der Außenhandelsstellen, die alle Selbstverwaltungsborgane eingeeigt sind. In die Adresse dieser Stellen und der eigenen Berufsgenossen werden sich deshalb diejenigen zu wenden haben, denen die Prüfung der Ausfuhrpreise noch nicht schnell und sicher genug arbeitet.

Bei der Ungeduld, die man in wirtschaftlichen Kreisen hinsichtlich des Ausbaues der Ausfuhrkontrolle bemerken muß, handelt es sich auch anscheinlich mehr darum, dem Unmut über den neuerlichen Valutasturz Luft zu machen. Demgegenüber kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß kein noch so schneller Ausbau der in der Verordnung vom 20. Dezember 1919 vorgesehenen Organisationen diesen Kursturz hätte verhindern können.

Das Reichswirtschaftsministerium hat bereits bei den Vorberatungen der Verordnung vom 20. Dezember 1919 immer wieder nachdrücklich betont, daß eine nennenswerte Einwirkung auf die Valuta von der Preiskontrolle der Ausfuhr nicht erwartet werden könne. Namentlich ist von mir bei den Beratungen im 6. Ausschuss der Nationalversammlung eindringlich darauf gewarnt worden, in dieser Beziehung an die Wirkungen der Verordnung allzu optimistische Erwartungen zu knüpfen. Ich habe dabei auf das abnorme Missverhältnis zwischen unserer Ausfuhrmöglichkeit und unserem Einfuhrbedürfnis hingewiesen, das nur behoben werden könne, wenn es uns gelänge, unsere Produktion sehr wesentlich zu steigern und unseren Verbrauch sehr wesentlich herabzusetzen. Unsere Einfuhr ist aber mindestens doppelt so groß, wie die Ausfuhr. Allerdings hat es den Anschein, als wenn die Monate Dezember und Januar ungewöhnlich hohe Ausfuhrziffern bringen würden. Nur zum geringsten Teil dürfte diese Steigerung aber eine Wirkung der Preisprüfung sein. Auch ist sie kein Zeichen vermehrter Produktion; vielmehr dürfte es sich im wesentlichen um eine stark vermehrte Abfuhr von Vorräten in das Ausland handeln.

Ein stärkerer Anreiz zur Steigerung der Ausfuhr liegt zweifellos in den drohenden Ausfuhrabgaben, über die während des ganzen November in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und zu deren Einführung dann die Verordnung vom 20. Dezember die rechtliche Möglichkeit bot. Weiter haben zweifellos zahlreiche inländische Warenbesitzer ihre Vorräte über den 1. Januar hinaus im Inland gehalten, um sie zu den niedrigen Inlandspreisen zur Vermögenssteuer anmelden zu können. Nachdem mit dem Jahreswechsel der Steuerstichtag passiert war, konnten die Vorräte zu den hohen Auslandspreisen realisiert werden. Das derzeitige Anschwellen der Ausfuhr wird zweifellos, wenn sich nicht die Produktionsverhältnisse in unerwarteter Weise bessern, nur vorübergehend sein und deshalb auf den Stand der Valuta keine nachhaltige Wirkung üben. Ich habe auch später immer wieder darauf gewarnt, die Bedeutung der Ausfuhrkontrolle für den Stand unserer Valuta zu überschätzen. Solange das Reich mehr Geld ausgeben muß, als es vereinnahmen kann und solange unser Wirtschaftsgebiet größere Werte verbraucht, als es nach Lage aller Verhältnisse zu produzieren vermag, kann man eine Besserung unserer Valutaverhältnisse nicht erwarten, können die verschiedenen organisatorischen Maßnahmen, insbesondere die Ausfuhrkontrolle nur eine geringfügige Besserung hervorbringen.

Im übrigen steht es mit der Durchführung der Verordnung vom 20. Dezember folgendermaßen:

Die Bildung von Außenhandelsstellen und die Umwandlung von Zentralstellen in Außenhandelsstellen ist in vollem Gange. Fertig aufgezogen sind eine



**Außenhandelsstelle für Eisen- und Stahlwaren, für Feinmechanik und Optik, für Holzverarbeitende Industrie, für Steine und Erden mit Nebenstellen für Feinkeramik, Grobkeramik, Glas, Zement usw.** Die Umwandlung der Zentralstellen für Maschinen sowie für Fahrzeuge in Außenhandelsstellen steht nahe bevor, ebenso die Errichtung von Außenhandelsstellen für Spielwaren, für Faserstoffe usw., sowie für Schnitz- und Formstoffe. Die Organisation für Preisprüfung im Gebiet der Textilindustrie unter der Leitung der Reichsstelle für Textilwirtschaft ist in Vorbereitung. Eine Außenhandelsstelle für Holz wird voraussichtlich im Laufe des Monats Februar an Stelle der bisherigen Zentralstelle ihre Arbeiten aufnehmen können. Diese Vorarbeiten geschehen in enger Fühlung namentlich auch mit den außerbreussischen Regierungen, da die Absicht besteht, den Bedürfnissen der Industriegruppen, welche außerhalb Berlins ihren natürlichen Schwerpunkt haben, möglichst entgegenzukommen.

Neuerdings wird auch an dem Plan der Errichtung einer besonderen Außenhandelsstelle für den Exporthandel gearbeitet. Daneben bestehen eine Anzahl Außenhandelsstellen und ähnliche Einrichtungen, die schon seit langem eine ständige Kontrolle ausüben. Nach Durchführung der Außenhandelsstellenorganisation wird auch das Gebührenwesen und die Technik der Aus- und Einfuhrbewilligungen neu geregelt werden. Besondere Aufmerksamkeit wurde darauf gerichtet, Vorkehrungen zu treffen, daß die bei der Ausfuhr entfallenden Gegenwerte möglichst restlos der deutschen Wirtschaft zugute kommen. Es wird von den Organisationen der Ausfuhrkontrolle den Wünschen der Reichsbank und der Devisenzentrale entsprechend in weitem Maße eine Kontrolle durchgeführt, daß die Gegenwerte der Ausfuhr nach Deutschland zurückgebracht und den jeweils dringenden Bedürfnissen unserer Wirtschaft zugeführt werden.

An die jetzt erst neu gebildeten Organisationen darf man nicht unmögliche Anforderungen stellen. Sie müssen sich zunächst auf dem sehr schwierigen Gebiet der Preis- und Mengenkontrolle zurechtfinden, ehe man ihnen die Lösung aller dessen zuzumuten kann, was sonst an nützlichen Aufgaben für sie besteht. Wir müssen uns hüten, erneut in den Fehler der Ueberorganisation zu verfallen, der schließlich mit einem Zusammenbruch der Organisation enden müßte.

Die vielfach geäußerte Annahme, die Besatzungsmächte würden uns nach der Ratifikation des Friedens unsere Zollgrenze im Westen wieder in die Hand geben, hat sich leider nicht bewirkt, und noch mehr ist zu bedauern, daß die maßgebenden Kreise der linksrheinischen Wirtschaft der Durchführung einer Außenhandelskontrolle im besetzten Gebiet durchaus abgeneigt sind. Die Besatzungsmächte verhalten sich gegen jede Differenzierung zwischen Inlandspreisen und Auslandspreisen ablehnend und haben vielfach Firmen, welche beim Abzug ins Ausland höhere als die Inlandspreise fordern, mit Repressalien bedroht.

Unverwundlich ist es, daß wir im Augenblick nicht die Macht haben, eine hohe Ausfuhrabgabe praktisch durchzuführen; wir müssen uns mit der Laxität abfinden, daß, solange das Loch im Westen nicht geschlossen ist und solange auch an den Grenzen der Abstimmungsgebiete eine scharfe Kontrolle nicht durchgeführt werden kann, eine hohe Abgabe nicht zu erlangen ist. Man wird namentlich die Arbeiterchaft über diese Verhältnisse aufklären müssen; besonders die linksrheinischen Arbeiter werden in der Lage sein, gegen die eigensüchtigen Wünsche der linksrheinischen Händler und Industriellen einen Gegenschrei auszulassen, wenn man ihnen klar macht, daß eine einigermaßen wirksame Erfassung der bei der Ausfuhr erzielten Valutagewinne zum Gunsten der sozialen Zwecke nur erfolgen kann, wenn die Einheit des deutschen Wirtschaftsgebietes wieder hergestellt wird.

### Amerikanisches Selbstbewußtsein.

Paris, 20. Februar. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in Washington meldet, Lodge habe erklärt, wenn Wilson fest bleibe, würden Frankreich, England und Italien in der Abfrage nachgeben. Es sei seine Ansicht, daß Wilson, wenn es fest gelassen wäre, bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten alles hätte durchsetzen können, was er gewollt habe, d. h. Europa von Amerika ab. Senator Borah habe erklärt, der jetzige Zwischenfall zeige die Unmöglichkeit, daß Europa und Amerika weiterhin zusammenhängen. Ihre Methoden seien vollkommen verschieden. Als Amerika in den Krieg eingetreten sei, habe es keine Feinde gehabt. Ein Jahr nach dem Krieg hätte sich eine große Macht von ihm entfernt, Rumänien, Rußland und Griechenland seien Amerikas erklärte Feinde, Frankreich, Italien, Japan sei bitter und Japan beleidigt.

### Hindenburg gegen den Verständigungsfrieden.

In der Zeitschrift „Zwanzigstes Jahrhundert“ wird ein Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den damaligen Reichskanzler von Bethmann Hollweg veröffentlicht. Der Brief ist aus dem Großen Hauptquartier vom 7. Juli 1917 datiert (also unmittelbar vor der Kabinettskrise) und stellt eine Antwort dar auf ein Schreiben des Kanzlers vom 25. Juni über die Stimmung in der Heimat. Hindenburg führt die herabgedrückte Stimmung in der Hauptsache auf den Wucher und Schleichhandel zurück — diese Dinge gab es also schon vor der Revolution — und spricht sich dann im weiteren Verlauf gegen die Ansicht des Reichskanzlers aus, der es für notwendig erachtet, bis zum Herbst einen Verständigungsfrieden herbeizuführen, wenn man nicht den Abfall Oesterreich-Ungarns und damit den völligen Zusammenbruch riskieren wollte. Hindenburg schreibt:

Ich glaube nicht, daß England zu einem Verständigungsfrieden bereit ist, solange es noch hoffen kann, daß Deutschland vor England zusammenbricht. Am allerwenigsten wird es zu einem solchen Frieden bereit sein, wenn Oesterreich-Ungarn im Begriff ist, abzufallen. Der Gewinn, den England aus einer Fortsetzung des Krieges bis zu Deutschlands Zusammenbruch gegenüber einem Verständigungsfrieden ziehen kann, ist so ungeheuer, daß es die längere Kriegsdauer in gewohnter Energie und Entschlossenheit auf sich nehmen wird. Daran habe ich keinen Zweifel, und das beweist jedes Blatt der englischen Geschichte. Wohl aber wird England sofort zu einem Verständigungsfrieden bereit sein, wenn es einseht, daß der eigene Zusammenbruch früher als der deutsche erfolgt. Wir können sicher sein, daß jeder englische Friedensversuch der Beweis seiner nahenden Agonie ist. Es würde meines Erachtens ein Unheil für unsere nationale und wirtschaftliche Zukunft bedeuten, wenn wir einen solchen englischen „Verständigungsfrieden“ annähmen, ohne daß wir durch einen Abfall Oesterreich-Ungarns und eine gleichzeitige eigene Agonie zum sofortigen Frieden gezwungen wären. (So lagen die Dinge im Herbst 1918, da wollte die Oberste Heeresleitung den Verständigungsfrieden, aber da war es auch zu spät. Red. d. „S. v.“) Ein solches unglückliches Zusammentreffen habe ich aber für dunkel und unwahrscheinlich. Ich halte nicht Euer Excellenz Ansicht, daß die Vorstellungen des Unterseebootskapitäns als übertrieben anerkannt sind, daß alle auf statistische Berechnungen gegründeten Voraussetzungen sich als völlig unzulässig erwiesen haben und daß die Notwendigkeit für England, Frieden zu schließen, in ganz weite Ferne gerückt ist. Ich bleibe vielmehr auf dem in meinem Schreiben vom 10. 6. 1917 II Nr. 38 049 op. angelegten Standpunkt stehen.

Dann der Augenblick gekommen sein wird, an welchem das Gewebe der gesamten Kriegswirtschaft unserer Feinde zerfällt, kann man nicht mit Bestimmtheit voraussetzen, daß er aber in absehbarer Zeit kommt, ist mir sicher.

Gemessen an dem tatsächlichen Verlauf der Dinge und dem wirklichen Kräfteverhältnis, wie es auch schon damals deutlich erkennbar war, zeigt dieser Brief einen ganz außerordentlichen Mangel an poli-

tischen Voraussicht. Aber im Grunde kann hier von einem eigenen politischen Urteil Hindenburgs überhaupt nicht gesprochen werden. Denn dieser Brief ist nur eine Zusammenstellung aller der bekannten Sätze und Argumente, wie man sie damals tagtäglich in der alldeutschen Presse zu lesen bekam. Der Brief verrät demgegenüber keinerlei selbständige politische Auffassung, keinen Gedanken, nicht einmal ein Wort, das von der alldeutschen Agitationschablone abweicht, er könnte Wort für Wort aus einem Redenfließchen Leitartikel ausgeschnitten sein. Der Brief entbehrt letzten Endes mit erschreckender Deutlichkeit, wie slavisch sich unsere Oberste Heeresleitung ihre politische „Ansicht“ von den alldeutschen Zeitungs-schreibern vorzeichnen ließ. Er ist eine glatte Bestätigung des Eindrucks, den Hindenburg bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß auf unbefangene Zuhörer gemacht hat.

### Die Entfernung der Kaiserbilder.

Wie die „B. V. N.“ erfahren, erläßt das preussische Ministerium des Innern, Gen. Heine, folgende Verordnung:

Mit der Tatsache, daß das Deutsche Reich zu einer Republik erklärt worden ist, und daß die gleiche Staatsform, die bereits durch die preussische Verfassung endgültig festgelegt worden ist, es unverträglich, daß sich in vielen staatlichen Gebäuden Bilder und Wäfen von Mitgliedern der früheren Kaiser- und Königsfamilie Hohenzollern befinden, die in allgemein zugänglicher Stelle, besonders auch in Sitzungssälen angebracht sind und dort als Hoheitszeichen einer Staatsform wirken, die durch die Ereignisse und die Beschlüsse der Volksvertretung beseitigt ist. Das weitere Verbleiben dieser Bildwerke hat bereits verschiedentlich zu unliebsamen Zwischenfällen und Störungen des öffentlichen Friedens geführt.

Es wird daher angeordnet, daß die Bilder des ehemaligen Könighauses sowie alle anderen Bildwerke oder Abzeichen, die als Verherrlichung des monarchischen Gedankens zu wirken geeignet sind, aus den dem Publikum zugänglichen Räumen aller staatlichen Gebäude entfernt werden. Ausgenommen sind solche Bilder nicht mehr lebender Mitglieder der ehemaligen Königsfamilie, die lediglich als historische Kunstwerke anzusehen sind. Jedoch ist auch bei diesen darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht durch die Art ihrer Anbringung an hervorragender oder allgemein zugänglicher Stelle verwirrend oder verlegend wirken können. Von der Entfernung ausgenommen sind ferner alle festen Bestandteile der inneren und äußeren Ornamentik der Gebäude sowie historische Zusammenstellungen ehemaliger preussischer Könige, sofern sie ihrem Charakter nach nicht eine Kundgebung für die beseitigte Staatsform als solche darstellen, sondern lediglich als geschichtliche Erinnerung an eine frühere Zeit der preussischen Geschichte zu wirken geeignet sind.

Embleme, wie Bepfer, Kronen auf Fahnenstangen und dergleichen sind ebenfalls zu entfernen.

Die das Hausrecht über die staatlichen Gebäude ausübenden leitenden Beamten haben die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßregeln anzuordnen. Es ist dabei mit dem erforderlichen Takt und möglichst unauffällig vorzugehen.

Die Bilder und Wäfen, die hiernach der Beseitigung unterliegen, sind von den Leitern der Behörden zweckmäßig unterzubringen. Soweit eine Entfernung von Bildern mit Kunstwert in Frage kommen, sind dieselben einem staatlichen Museum zu überweisen.

Dazu wird noch bemerkt: Diese Verordnung hat Gültigkeit für alle unterstellten staatlichen Stellen. Es erheint der Regierung aber wünschenswert, daß auch die Kommunen usw. dort, wo ihr eigener Bilderbesitz in Frage kommt, nach den gleichen Gesichtspunkten verfahren.

### Mineralstoffzufuhr und Ernährungsnot.

Von Dr. Paul Grabley.

Die Hoffnung, daß der Friede unserem durch den Krieg und die lange Dürrede aufs äußerste geschwächten Volke bessere Ernährungsbedingungen bringen würde, hat sich nicht erfüllt. Die Verhandlungen zwischen Regierungskreisen und den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen zeigen, daß wir mit den vorhandenen Nahrungsmitteln sehr sparsam wirtschaften müssen und mit einem wesentlich geringeren Ertrag der neuen Ernte gegen das Vorjahr nicht rechnen können. Der trostlose Stand unserer Valuta macht eine Einfuhr von Brotfrucht fast unmöglich. Wir müssen also auskommen mit dem, was unter schlechtesten Bedingungen, zudem wesentlich kleiner gewordenen vaterländischen Boden hervorbringen kann. Nur durch die Vereinfachung von Rohlen, künstlichem Stickstoff und Zungstoffen kann unsere Produktion gefördert werden; ob sich das wird ermöglichen lassen, bleibt abzuwarten. Die während des Krieges in Deutschland geschaffenen Stickstoffwerke können den Stickstoffbedarf unserer Landwirtschaft beden, sobald sie ausreichend mit Kohlen versorgt werden. Der schwarze Wirtschaftsdiamant bestimmt nicht nur den Wert unserer Valuta, sondern gibt unserem gesamten Wirtschaftsleben seine Kräfte; daran sollte die Regierung zuerst denken! Nun kommt die Ernährungsfrage auf. Der Ausmaß der Ausmahlung um 5-8 Proz. oder auf Verkleinerung der Portionen; das gleiche wird mit den Kartoffeln geschehen müssen. Es wird also immer nur erzwungen, ob wir mit noch knapperen Portionen auskommen können und müssen. An keiner Stelle ist die Frage diskutiert, ob uns die Wissenschaft nicht Wege weisen kann, die vorhandenen Nahrungsmittel besser auszunutzen.

Bisher hat die Ernährungsphysiologie immer nur das Eiweiß, die Fette und die Kohlehydrate als die unerlässlichen Bestandteile unserer täglichen Ernährung mit so und soviel Gramm in Rechnung gestellt. Man hat dabei den in unseren täglichen Nahrungsmitteln in unheimlicher Menge vorkommenden Mineralstoffen keine Bedeutung geschenkt, wenn sie gleich Carl Voit schon im Jahre 1880 als wichtige Nahrungsbestandteile bezeichnet hat. Die Fortschritte der Ernährungsphysiologie haben bewiesen, daß die Mineralstoffe nicht nur als Energieträger angesehen werden müssen, sondern daß sie direkt als Nahrungsparameter anzusehen sind. Die Tierversuche unter Mineralstoffzuführung beweisen eine Futterersparnis um 20 Prozent bezogen nach Kilogramm Körpergewichtszunahme und verfrähten Mengen. Nun ist zu berücksichtigen, daß mit der Dauer des Krieges die Demineralisation, d. h. die Verarmung an Mineralstoffen in unseren gesamten bearbeiteten Kulturböden immer mehr zugenommen hat. An dieser Mineralstoffverarmung sind denn auch die erzeugten Ertrags- und Futterpflanzen und damit auch Vieh und Tier erkrankt. Die auffallendsten Folgen dieser sind die erschreckende Zunahme an Rachitis (enallischer Krankheit) unter unseren Kindern und das auffallend häufige Auftreten der Knochenweiche (Hunger-Malacia) bei Erwachsenen. Diese letztere Krankheit tritt auch in vielen Teilen Deutschlands bei den Haustieren auf. Es würde die regelmäßige und konsequente Zuführung der dem natürlichen Bedürfnis des Körpers entsprechenden Mineralstoffverbindungen zu unserer Hauptnahrungsmittel, dem

Brotmehl, diesen Mangel abheben; es würde dadurch eine bessere Ausnutzung seiner Nährwerte, das heißt eine positive Streckung herbeigeführt und zugleich unter Wertvoller und gesunder gemacht. — Die regelmäßige Zufuhr der notwendigen Mineralstoffe gewährleistet bei einer an Kraftstoffen ärmeren Nahrung ungehinderten Stoffwechsel, restlose Ausnutzung der vorhandenen Nährwerte, Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft gegen Krankheiten! Es ist ja häufig so, daß die Ergebnisse des Fortschritts schwer ihren Weg aus dem Laboratorium in die Praxis finden, aber sollte man nicht alle Wege der Abhilfe an zuständiger Stelle wenigstens prüfen?

Die Lektüre als Kulturmaßstab. Die Wahl der Lektüre ist ein guter Maßstab für die Kulturhöhe eines Volkes. In Deutschland rücken wir noch ziemlich im Dunkeln über die literarischen Bedürfnisse der breiten, nicht bloß proletarischen Volksschichten. Dann und wann sind von hochmännlichen Interessenkreisen Erhebungen darüber angestellt worden, welche Autoren, namentlich in öffentlichen Bibliotheken, am häufigsten verlangt werden. Nun hat Alfred Richter durch systematische Fragen in Bekanntenkreisen — Menschen von ausgesprochen geistigen Interessen wurden seine Fragen nicht vorgelegt — wieder in dieses dunkle Gebiet hineinzukommen versucht. Er kam dabei zu nicht uninteressanten Resultaten, die er unter dem Titel „Das Problem der schlagfertigen Lektüre“ in den „Bürgerlichen Blättern“ (34. Jahrg. I. Nr. 6) veröffentlichte. Von zehn männlichen Befragten der sogenannten gebildeten Schicht bevorzugen in der Vorkriegszeit vier die Autoren Dergo, Lauff, Verfall, zwei Otto Ernst, zwei Herink und H. O. Ewers, zwei Erolfs. Unter 30 Befragten fand er etwa 3, die eigene Wege gingen. Von zehn befragten Frauen der gleichen Gesellschaftsschicht bevorzugten 8 die Herinburg, Marlit usw., eine las gern Klassiker, eine speziell Goethe. Von befragten Angehörigen der Arbeiterklasse liebte die Hälfte Kriminalliteratur; einige wenige nannten Namen wie Wilhelm, Dostojewski, Strindberg, Jola, Tolstoj. Die befragten Arbeiterfrauen lasen, bis auf einen kleinen Rest, „Alten Atsch“.

Zusammen kam Richter zu der beachtenswerten Schlussfolgerung: „Die Bürgerschicht mochte auch als Leser die Mittelschicht aus. Nur ein geringer Prozentsatz (etwa 6 Proz.) gingen abseits der breiten Straße. Die Proletarier teilten sich in solche mit verfrähtem Geschmack (30 Proz.) und in solche, die Bücher bevorzugen, die aus den tiefsten Quellen schöpfen (30 Proz.), also prozentual hier mehr Vertiefung als beim Bourgeois.“

Auch in der Kriegszeit hat Richter beratliche Fragen an die Remitten seiner Umwelt gestellt. Von rund 60 Befragten der gebildeten Schicht bevorzugten 27 Böns, 24 Reinert und Ewers, 3 Paul Keller, 2 Walter Flex, 1 Gottfried Keller, 1 Storm, 1 Hans Peter Jacobson, der Rest las, was ihm gerade vor Augen kam. Jüngere Leute, die befragt wurden, schätzten in erster Linie Böns, dann Her; dann wurden noch genannt: Broeger, Joch, Zerich und die Arbeiten der Anlandleute.

Richter macht im Anschluß an diese Beobachtungen gleich noch einen Streifzug durch die Heuilletens der Tageszeitungen. Auch hier fällt die Auswahl der Lektüre ganz zugunsten der sozialdemokratischen Presse aus. Die kleineren bürgerlichen Zeitungen bringen nach seinen Registrierungen nur solchen Durchschnit unter dem

Strich. Dagegen fand ich,“ schreibt er, „in zwei kleinen sozialistischen Blättern Ludwigs „Zwischen Himmel und Erde“, Novellen von Kleist.“ Und wie mit einem leichten Geizger bemerkt er, der seine Arbeit in einer Studentenzeitschrift veröffentlicht, im Hinblick hieran: „Ich kenne Studierende, die beides noch nicht gelesen haben.“

Die Fortsetzung der Einsein-Vorlesungen in der Universität begann in riesig gestültem Raum mit Verlesung eines von Studenten veranlaßten Schriftstücks, das den Gehörten hat, den ganz ungebührlich aufgebaulichen Vortrag vom 12. Februar zu bezeugen und die studentische Jugend auch weiterhin in sein Fortdauerngebiet einzuführen. Die Worte wurden mit großer Begeisterung begrüßt. Einseim erwiderte lediglich: „Ich nehme die Sache durchaus nicht krumm“ tat mit diesem kurzen heiteren Wort ein gutes Weyf und ging mit dem nächsten Satz an seine Arbeit.

Die Erklärung Stefan Großmanns in unserer gestrigen Nummer veranlaßt Direktor Barnowsky zu der Mitteilung an uns, daß er seine in der „Weltbühne“ gegen Großmann aufgestellten Behauptungen aufrecht erhält. Von Stefan Großmann geht uns die Mitteilung zu: „Die von Herrn Direktor Victor Barnowsky in der „Weltbühne“ vom 19. Februar d. J. erhobenen Vorwürfe haben mich veranlaßt den Verband der Berliner Theaterkritiker heute zu ersuchen, den Tatbestand der von Herrn Direktor Barnowsky erhobenen Vorwürfe objektiv zu prüfen. Ich habe das größte Interesse daran, daß diese Prüfung so reich und so gründlich wie möglich erfolgt, und darf Sie bitten, das Ergebnis dieser sachlichen Untersuchung abzuwarten.“ Damit ist der weitere Verlauf der Angelegenheit dem Wege anvertraut, der geeignet ist, solche Fälle sachgemäß zu erledigen.

Theater. Am Kleinen Theater wird „Die Harnhaus-Lothar“ am Montag in der Fassung der Uebersetzung mit Uecler Hölth, Ma Gräning, Edgar Lido und Ernst Bröck zum fünfzigsten Male aufgeführt. — Max Ballenber, der seit dem Wintern-Berliner-Bühnen vom nächsten Jahre ab verträglich verpflichtet ist, wird in einem vorläufigen Gastspiel am Komödiantenhaus die Uebersetzung der neuen Komödie von Paul Gärner „Der Herr Minister“ freikommen. — Durch Eingreifen des städtischen Theaterauschusses in Danzig wurde der Streit am Stadttheater beigelegt.

Die Beziehungen der Physik zu anderen Wissenschaften bespricht Prof. Dr. Wien aus Würzburg im Auftrag der Preussischen Akademie der Wissenschaften am 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Festsaal der Akademie, unter den Vänden 88. Der Vortrag des Abends ist für wissenschaftliche Kreise bestimmt.

Musik. Am 21. Febr., abends 7 1/2 Uhr: Tangewellen. Abend des Bühnen-Liederfestes. Solistin ist Alice Castner (Sopran). Dirigent Papl Schandke.

Volks-Zinfonienkonzert. Ein erstes Reichslied-Volks-Zinfonienkonzert mit dem Bühnenorchester findet am 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Konzerthaus „Rosa Welt“, Hakenstraße, statt. Im Programm steht u. a. Beethoven's Zweite Sinfonie und Smetanas „Koldan“. Konzeptionsleiter ist Hans C. Knabe.

Gelenk-Kriegsübergabe. Der Bericht auf alle zulässigen Einkommen aus den deutschen Ausgaben ihrer Bürger zugunsten unserer Kriegsoldaten, Ansehen und Ansehen, bemerkt nicht auf einen erst jetzt gefassten Beschluß. Die auch schon in die Amerikaner habe schon im November 1918 ihren Verleger zum die Zeitung gegeben, er solle bis zum Ende des Jahres, in dem der Friede wiederhergestellt wird, alle ihre deutschen Einkommen der deutschen Kriegsblindenfürsorge zuzuwenden.



Preussische Landesversammlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Bergt (Dnail.) um Verschiebung der Wahlen zu den Eisenbahnen, bis die Erziehungsberechtigten die Entscheidung über den Charakter der Volksschule getroffen haben, ergibt, daß der Antrag bei einer Beteiligung von 290 Abgeordneten mit 163 Stimmen gegen 57 abgelehnt wird.

Der Antrag Bergmann (Zentr.) über die Entschädigung der Schiffs- und Geschworenen, die einleitend der Geldentwertung erhöht werden mußte, wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Sonabend, den 21. Februar, mittags 12 Uhr: Anträge und formale Anträge. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Gemeindeausschuß der Preussischen Landesversammlung nahm den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Steuerbefreiung aus Eingemeindungen an, dazu auch einen Antrag des Berichterstatters Abg. Weber (Soz.), der dem Gesetz rückwirkende Kraft nicht, wie die Vorlage vorschreibt, bis 1. Oktober 1919, sondern bis 1. April 1919 geben will.

Die Gemeindevorstände für das ganze Steuerjahr 1919 die Kommunalabgaben nachträglich erhöhen können. Weiter wurde von allen Parteien energisch verlangt, daß den Arbeitslosen für die Zeit der Arbeitslosigkeit ein Zuschuß gewährt wird.

Ein Regierungsvizepräsident stellte eine Gesetzesvorlage über den Neuaufbau der Kruppwerke in Aussicht, die in wenigen Tagen dem Hause zugehen soll.

Verkauflichmachung der Gesundheitspflege.

Den Antrag Schloßmann unterstützen wir durchaus. Der Antrag Schloßmann wird angenommen. Abg. Dr. Seyler (Soz.) begründet einen Antrag auf Neugestaltung der Gewerbebesetzung, der einstimmig angenommen wird.

Ein Antrag Bergmann (Zentr.) über die Entschädigung der Schiffs- und Geschworenen, die einleitend der Geldentwertung erhöht werden mußte, wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Sonabend, den 21. Februar, mittags 12 Uhr: Anträge und formale Anträge. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Gemeindevorstand der Preussischen Landesversammlung nahm den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Steuerbefreiung aus Eingemeindungen an, dazu auch einen Antrag des Berichterstatters Abg. Weber (Soz.), der dem Gesetz rückwirkende Kraft nicht, wie die Vorlage vorschreibt, bis 1. Oktober 1919, sondern bis 1. April 1919 geben will.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß das Generalkommando zu dem Verkauf seine Zustimmung gegeben habe. R. A. Alsbach: Wissen Sie, ob nicht beim Kriegsministerium Vorstellungen erfolgt sind, zu gestatten, daß während des Krieges das Patent nach dem Auslande verkauft werden könnte? Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. Das wäre auch aus privatrechtlichen Gründen nicht wünschenswert gewesen.

Darauf wird Direktor Selig, Vorstandsmitglied der Anhalt-Alten-Gesellschaft, aufgerufen. Der Zeuge bekundet, daß die 100 000 Aktien, die bei der Erhöhung des Kapitals der Gesellschaft Erzberger bezogen habe, diesem auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses zugefallen seien, nach dem die erste Emission der 800 000 Aktien auf das Bezugsrecht bei der Kapitalerhöhung einen Vorrang auf 400 000 Aktien habe. Der Zeuge verliest dann seine Notizen über

die einzelnen Fälle,

in denen Erzberger für die Gesellschaft bei verschiedenen Behörden tätig war. Es handelt sich dabei u. a. um die Einfuhr von Petrollicht und um das österreichische Patent der Gesellschaft. Wegen des skandinavischen Patents habe sich Erzberger auf Erlaß des Patentamts der Firma an das Reichsamt des Innern gewendet. Der Zeuge verliest den betreffenden Brief, der daraufhin vom Reichsamt des Innern eingelaufen ist und in dem ausgeführt wird, daß gegen eine Veräußerung nach den nordischen Staaten Bedenken nicht beständen und die Maßnahmen von der Zustimmung des Generalkommandos abhängig seien. Das Schreiben ist mit v. Jongquidres unterzeichnet.

Rechtsanwalt Alsbach: Ich habe auch ein Interesse daran, daß aufgestellt wird, wie es gekommen ist, daß dem Kriegsministerium trotz der Kriegswichtigkeit des Patentes die Auskunft gegeben worden ist, daß ein Verkauf zulässig sei.

Es entspinnt sich eine längere Debatte zwischen Rechtsanwalt Alsbach einerseits und Geheimrat v. Gordon, Direktor Selig und Kommerzienrat Reuber andererseits. Es handelt sich um die Feststellung, aus welchem Grunde Herr Erzberger auf seine 80 Aktien mit Bezugsrecht 80 Stücke erhalten konnte, während im

August 1918 kaum mehr Anteile der zweiten Emission für Außenstehende zu haben waren. — Direktor Selig: Im Januar 1917 ordneten wir Herrn Erzberger, er möge sich beim Reichsamt dafür bemühen, daß unter Chemiker Dr. Hagen, der eingezogen worden sollte, reklamiert würde. — Helfferich: Das ist derselbe Herr, der jetzt im Kaiserhof sich gegen mich wendet. Versuchen Sie sich nicht ebenfalls Erfolg, wenn Sie selbst einen Brief an das Reichsamt wegen der Reklamation schreiben, als wenn Herr Erzberger sich dafür einsetzt? — Zeuge Selig: Es ist doch selbstverständlich, daß ein Abgeordneter immer mehr erreicht. — Vors.: Ja, die Herren Abgeordneten setzen sich damals jeden Tag für Reklamationen ein, es war schon nicht mehr möglich. — Helfferich: War es Ihnen, Herr Kommerzienrat Reuber, nicht bedenklich, den Herrn Erzberger durch Ueberlassung der Anteile in dem Augenblick für Ihre Werk zu gewinnen, als zwischen Ihnen und dem Kriegsministerium, in dem Herr Erzberger einen autoritativen Einfluß besaß, schwerwiegende Verhandlungen über neue Lieferungsverträge stattfanden? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Alsbach: Hat außer Herrn Erzberger 1918 noch jemand Aktien zu pari erhalten? — Direktor Selig: Nein. — Kommerzienrat Reuber: 1918 hat Kommerzienrat Reuber seine Aktien infolge seiner großen Bekanntheit ebenfalls zu pari erhalten. — Rechtsanwalt Alsbach: Und für welche Aktien hat Herr Erzberger seine Aktien zu pari erhalten? — Vors.: Hat noch jemand außer Herrn Erzberger Aktien zu pari bekommen? — Erzberger:

Der Abgeordnete Müller-Fulda

hat auch Aktien zu pari bekommen. — Rechtsanwalt Alsbach: So, so, der Herr Abgeordnete Müller-Fulda. Aber hat vielleicht jemand, der nicht zufälligerweise Abgeordneter war, Aktien zu pari bekommen? — Zeuge Reuber: Wenn ich ein guter Freund an mich gewandt hätte, hätte ich ihm die Aktien wohl auch zu pari gegeben. — Helfferich: Herr Erzberger besitzt für 115 000 Mark Aktien, die 20 Proz. Dividende brachten. Er hat in seiner Vermögensangabe diese Aktien mit 100 000 Mark und für die 115 000 Mark angegeben. Bei 20 Proz. Dividende ist der Mann mit einem Kurs von 115 zufrieden, der das Reichsamt nicht geschaffen hat! — Vors.: Das gehört doch aber wohl nicht zur Sache! — Erzberger: Zur Zeit der Vermögensangabe konnte ich noch keinen anderen Kurs. Der neue Kurs ist erst in der letzten Woche gemacht worden. — Helfferich: Stand zu den Aktien, Herr Direktor Selig, als die Kriegszwangssteuer kam, der Kurs Ihrer Aktien im Jahre 1916, 1917 und 1918 auch auf 115? — Direktor Selig: Ja wohl. — Helfferich: Danke, das genügt mir vollständig. — Es tritt dann eine Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wird Oberingenieur Mauritz als Zeuge vernommen. Im Herbst 1918 ist die Kriegs-Rohstoffabteilung der Kriegs-Lebergesellschaft eine Reihe von Abgeordneten zur Wahl in den Reichstag vor. Abgeordneter Erzberger wurde gewählt. Es wurde hierzu schriftlich die Einwilligung des Reichsausschusses, des Reichsamts des Innern, des Handelsministeriums und des Reichs-Marineamts eingeholt. — Herr Erzberger hat dann der Kriegs-Lebergesellschaft vom Februar 1917 bis Januar 1919 angehört. Er hat mindestens an einer Aufsichtsratsitzung teilgenommen. Dabei kamen, soweit ich mich Verteilungsfragen von Veder nicht in Frage. Auf Befragen des Reichsanwalts Helfferich erklärte der Zeuge: Es ist mir nicht bekannt, daß irgendein Aktionär oder Herr Erzberger selbst irgendwelche Einwirkung auf mein Votum gehabt hätte. Ich hätte derartige Bemühungen sicher erfahren. Ich persönlich — und das ist mir lieb, das hier zu erörtern — bin niemals an den Anhalt-Werken oder an irgendeinem anderen Werk der Lebergesellschaft direkt oder auf Umwegen beteiligt gewesen. — Rechtsanwalt Alsbach: Hat sich Herr Erzberger nicht bei Ihrer Abwahl bemühert? — Zeuge: In einem Maße, und zwar brachte er einen Wunsch der Anhalt-Werke vor, ihr Patent nach nordischen Staaten zu verkaufen. — Rechtsanwalt Alsbach: War man in Ihrer Abteilung dazu geneigt, den Wünschen des Herrn Erzberger zu entsprechen? — Zeuge: Im allgemeinen wurde die Einwirkung eines Abgeordneten als ein

peinlicher Trud

empfundener. Der Referent wollte einerseits keinen Bruchschaden schaffen, wollte andererseits auch einen unbilligen Zeitverlust vermeiden. — Rechtsanwalt Alsbach: Scheute man nicht den angelegentlichen Eingriff eines Abgeordneten im Budgetauslaß, weil die Vorbereitung hierzu immer den ganzen Betrieb stülte? — Zeuge: Es ist begreiflich, daß man das scheute, denn bevor die Sache zur Verhandlung kam, mußte man mit den einzelnen Referats erst Abklärung nehmen; es gab eine Unmasse von Be-

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufgezeichnet von Hans Müller-Schiffner.

„Wie?“ rief Kreisenbed und geriet in Zorn. „Ihr Lämmel, wollt mich wohl verdämbeln, he? Jan, jetzt sagst, warum ihr noch dachtet wie Holzklöße! Zapperlot, wer ist von euch beiden der Jan?“

Damit legte er die Brille wieder auf die Nase, streckte den Kopf vor und betrachtete den einen und den anderen, aber für seine schwachen Augen war es schon zu dunkel.

Johannes von Neomul hätte ja eigentlich antworten müssen, aber bringe jemand einer Holzfigur einmal das Sprechen bei! Johannes von Neomul blieb stumm.

Dem guten Kreisenbed schmolz der Kamm.

„Wenn ihr, nichtsnutzigen Votterbuben, mir jetzt nicht Rede und Antwort steht, haue ich euch rechts und links um die Ohren!“

Aber Johannes von Neomul lächelte ihn in seiner erharteten, demutvollen Standhaftigkeit an, wie er sie bei Lezeiten zu Prag bemerkt und mit dem Märtyrertode bezahlt hatte, und wie sie ihm auch jetzt wieder große Unannehmlichkeiten und eine schwache Behandlung eindruckte, denn Kreisenbed verfehle ihm in der Tat eine so kräftige Ohrfeige, daß Johannes von Neomul gegen den heiligen Franziskus knollte, der feierlich durch das Gleichgewicht verlor, und habe auf den Boden gekollert, wo sie nach einigen Umdrehungen stumm und steif liegen blieben.

Kreisenbed sprang im ersten Schreck einige Schritte zurück; als aber im selben Augenblick Hans und Lünnes mit Gewalt zurückgehaltenes und immer mehr angekommenes Lachen ausplagte, fuhr Kreisenbed im höchsten Zorne auf und freizate:

„Ihr Teufelskinder! Ihr Blasphemier! Ihr Sarrifreier! Ihr Höllenhunde! Da soll euch doch der Satan freikommen!“

Und er ergriff den Kerganzländer, rampte nach der Ecke, aus der das Lachen gekommen war, und schlug blindlings ins Dunkle hinein. Aber er schlug in die leere Luft, denn die beiden hatten längst Reichhaus genommen.

Jan war zum letzten Male Ministrant gewesen, der seine Lünnes auch!

Jan's Wille zur Frömmigkeit sollte aber noch eine stärkere Probe zu bestehen haben. Er glaubte nach dem soeben erzählten Erlebnis entsetzt zu haben, daß er nicht auf dem rechten Wege zur Frömmigkeit gewesen wäre und darum suchte er, weil er keine guten Absichten nicht an diesen Schwermüdigkeiten wollte scheitern lassen, einen anderen Weg.

Er räumte die Topfbank seiner Mutter aus und schleppte sie über den Flur hinüber nach dem kleinen Speicher, der durch die bei Sturmwind wie ein Donnerblech rappende Bretterwand von dem Flur getrennt war. Er stellte vor des Speichersfenster die Topfbank und eine kleine Kiste, in der sein Vater Drahtstifte verwahrte, in der Mitte darauf. Das war das Tabernakel. Von der Frau Köffgens erbettelte er sich einen grünen Römer, von dessen Fuß ein Stück abgegrungen war; das war der Wehlsch. Seine Watin, die Madam Krüll, schenkte ihm einige Kerzenstümpfen, von seiner Mutter ließ er sich zwei bunten Vorgehängelchen, die zur Seite des Tabernakels hängen mußten, aus einem alten leinwandenen Hemd seines Vaters schnitt er sich die priesterliche Albe zurecht und aus einem Stück geblümter Tapete klebte er sich das Wehsgewand zusammen.

Das stille, penitente Trübsal freute sich, als sie den frommen Eifer ihres Jan sah, und Grades, als sein Sohn im priesterlichen Schmuck einherkollerte, denn das Priesterhemd war viel zu lang, und Jan verwickelte sich mit den Füßen darin fragte ihn halb erkannt, halb lachend:

„Jan, was soll das? Was willst du denn werden?“

Und Jan antwortete ohne Bedenken:

„Ich will Papst werden, Votter.“

„Was? Um, das ist vernünftig! Und ich werd' dann Papstvatter!“

Jan, die Freude über diese glänzende Zukunft beunruhigt, hat:

„Vatter, schenk' mir fünf Penning.“

„Schenk' du han! Für den Opferstock.“

Jan kaufte sich für die fünf Penninge bei der Madam Blanfarz ein Rütchen Oblaten, das waren die Kostien.

Und damit war seine Kirche fertig, und er konnte Mission lesen, so lang und so kurz er sie haben wollte.

Für Lünnes, dem die Vertreibung aus Amt und Würden so sehr zu Herzen ging, daß er zwei Tage ohne Appetit ab, hatte er gleich drei Erbsamter. Lünnes war nämlich zugleich sein Ministrant, Küster und gläubige Gemeinde. Lünnes, der Ministrant, hockte rechts vom Altar auf einem

Fußbänken, antwortete brav auf die Wehgebete, die er zwar meist wie der Einbläser auf dem Theater dem Jan vorlagte, denn der war noch nicht fest in seiner neuen Rolle. Und so kam es, wie das meist so geht: Lünnes, der Untergebene, hatte die Arbeit und die Last, und Jan, der Vorgesetzte, den Genuß. Lünnes, die gläubige Gemeinde, sang im Chor die Lieber vor und nach der Messe. Lünnes endlich, der Küster, ging mit dem Mingebeutel durch ganze Haus und sammelte Penninge für den Opferstock. Der fromme Paas hatte das erstmalig feierlich ein Küstlingswanzigpenningstück in den Beutel geworfen. Auch der alte Ranndel hatte was hereingetan, aber nachher stellte sich heraus, daß es ein Stückchen Glosersitt war. Frau Schiffner hatte laut gelacht, als Lünnes zu ihr mit dem Mingebeutel gekommen war.

„Dolle Küngens!“ hatte sie geschrien, „mit der Kirchspielerlei! Geht an die frische Luft, dat tut euch besser auf als oben auf dem müffigen Söller zu hocken! Da, Lünnes, ich dir die ledere Schmitt' Schwarzabrot mit Gebads. Gib dem Jan ein Stück mit. Und mach' mir keinen Brand mit eurer Stinkerel!“

Jan nämlich wehrbräuderte, während Lünnes Opfer sammelte, mit Ferverschwamm, den er auf einem kleinen Blechbedel hin- und herkwenkte, den Söller aus.

Am Ende der Messe verteilte der Priester die Kommunion. Jan nahm seinen grünen Römer mit den Oblaten der Madam Blanfarz und drehte sich zu Lünnes herum, der am Fuße des Pforts kniete und Jan mit blödsinnigem Gesicht anstarrte.

„Wo, du willst kommizilieren, Lünnes?“ fragte Jan.

„Ja.“

Jan bengt sich zu Lünnes herab, nahm mit seinen Fingern eine der kleinen Oblaten und ließ sie auf die ihm hingestreckte Zunge fallen.

Lünnes sah die Zunge mit der Züngle herein und schickte die Zunge, während er den Mund vor Lünnes bis an die Ohren in die Breite zog. Dann schloß er, machte die Zunge wieder auf und sagte, während Jan im Parisse war, den grünen Rest in das Tabernakel zu stellen:

„Jan, laß mich doch noch mal kommizilieren.“

„Enä.“

„Nan!“

„Enäl! Du hast kommiziliert und einmal ist genug!“

(Fortl. folgt.)











**Theater, Lichtspiele etc.**

**Opernhaus.**  
Salome.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus.**  
Friedrich der Große.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kammerspiele.**  
Die Büchse der Pandora.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königgrätzerstraße.**  
Schloß Wetterstein.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Komödienhaus.**  
„Sie“.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner Theater.**  
Der letzte Walzer.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.**  
Fräulein Puck.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Deutsches Opernhaus.**  
Der Prophet.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Eden-Theater.**  
Franziska.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kleines Theater.**  
Die Pfaffenkomödie.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Komische Oper.**  
Dichterliebe.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Der Großstadt-Kavaller.**  
Metropol-Theater.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Max und Moritz.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Eychen Humbrecht.**  
Der gute Ruf.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Hänsel und Gretel.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Femina.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Volksbühne.**  
Der Liebestrank.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Lessing-Theater.**  
Pygmalion.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Deutsches Künstler-Theater.**  
Die Marquise von Arcis.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Rose-Theater.**  
Seine zweite Frau.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**APOLLO.**  
Fregolia.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schall u. Rauch.**  
Die lustige Puppe.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**ORIENT.**  
Die lustige Puppe.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Admirals-Palast.**  
Die lustige Puppe.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Metropol-Kabarett.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Der selige Oktave.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Laczi u. Aenni.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Whisky-Rausch.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Großes Schauspielhaus**  
Sonntag, 22. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr  
außer Abonnement:  
**„Orestie“.**  
Regie: Max Reinhardt.  
Hauptrollen:  
Alexander Koff, Auguste Pflüß, Paul Hartmann, Gustav Giese, Elie Selms, Josef Klein, Fritz Richard, Margarete Christiane, Sarah Paulsen.  
Preise: Pl. 10 bis 2. Billets: Theaterkasse, A. Wertheim und im Invalidentan.

**UFA Lichtspiele**  
**Taunuspalas**  
Der Amönenhof  
Lustspiel nach dem gleichnamigen Roman von Gräfin von Adlerfeld-Ballestrem mit  
**Mia May**  
Regie: Uwe Jens-Kraft  
Wochentags: 7 und 9 1/2 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr  
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

**Folles Caprice**  
Eck, Friedrich- u. Lindenstraße  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Oh dieser Nowak!  
Zwangsquartierung.  
Die abgetrennte Frau  
mit Ferdinand Gröneck  
in den Hauptrollen  
Rauchen gestattet!

**Film-Palast Börse** Rosenthaler Str. 40-41  
(früher Neumanns Festsäle)  
**Heute Eröffnung**  
mit dem Riesen-Prunkfilm  
**Die Jagd nach dem Glück.**  
Symbolisches Schauspiel in sechs Akten.  
Dazu das glänzende lustige Beiprogramm  
Anfang 7 Uhr. :: Sonntags 4 Uhr. :: Vorverkauf 11-1 Uhr.

**WIENER RESTAURANT**  
Inh. JOSEF ZOLLER  
Berlin-Charlottenbg., Joachimsthaler Str. 41  
Fernsprecher: Steinplatz 502  
nahe Zoo) zwischen Kantstraße und Kurfürstendamm

**TROCKENPARFÜM**  
Lebona  
Berlin  
**HAUT CREME**  
Überall erhältlich.

**Ankauf von Juwelen**  
zum heutigen hohen Kurs  
**Margraf & Co. G.m.b.H.**  
Kanonierstr. 9

**Kupfer 24,20**  
Messing 11,20. Rotguss 22,  
Blei 9,30, Zink 8,10, Eisen 1,20  
und mehr.  
**Eisen- u. Metallgroßh. Willy Seydlitz**  
Hauptgeschäft:  
Neukölln, Lieberstr. 4. Tel.: 9406.  
Zweigstellen:  
Herrmannstr. 4. Böhmischerstr. 16 (n. Richardpl.)  
Berlin, Schopenhauer Allee 151.  
Größere Posten werden abgeholt.  
Post- u. Bahnsendungen werden prompt erledigt

**Circus Busch**  
Heute Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Das gr. Febr.-Programm  
Geschw. Chaveriat  
u. Drahtselkünstler.  
3 Urbanis, Krattturner  
Amateur-Reiten  
100 M. Hohenruss erhit,  
wer dreimal stehend die  
Manege umreitet.  
Sowie die üb. Nummern  
**Fenertanz**  
in „Aphrodite“.

**Casino-Theater**  
Lothringersstr. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11 Uhr  
Letzter Monat  
Seit November aufgeführt  
**Schniepels Lene**  
Der Schläger aller Posen  
Neue Februar-Spezialitäten.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Wunderkur

**Theater am Kolbuser Tor**  
Tel.: Moritzplatz 14 814.  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger.**  
9 ehem. Mitgl. der  
Stettiner Sänger.  
Sonnt. nachm. 3 Uhr  
ermäß. Preis. (voll.  
Abend-Programm.  
Blüthen-Konzert.  
Beginn 7 10 Uhr.  
Zum Schluss:  
Die Heben Verwandten.  
Vorverk. 11-1 1/2 u. 4-6 Uhr.

**Reichshall-Theater**  
Jeden Abend 7 1/2 und  
Sonnt. Am. 8 Uhr  
**Stettiner Sänger.**  
Radmitsings  
ermäßigte Preise

**Möbel**  
gegen bar  
und auf  
Teilzahlung  
derzeit entsprechend  
sehr billig:  
Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Farbige Küchen  
Einzelne Möbel  
Liefere auch n. auswärt.  
Kriegsanl. nehme in Zahlg.  
Gekaufte Möbel können  
kostenlos lagern.  
**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 55  
5 Min. vom Alexanderplatz.  
Filiale: Badstr. 47-48.  
5 Min. v. Ost. Gesundbr.

**Kupfer 23-24 M.,**  
Aluminium 19-20 M., Rotguss 19-20 M.  
Messing 13,50-14,50 M., Blei 8-9 M. p. Kilo,  
Zink 6,50-7,00 M., Zinn, Lagermetall laut  
Schlosserei Niemann.  
Stallschreiberstraße 55, am Moritzplatz.

**Große, sehenswerte**  
**Möbel-**  
**Ausstellung**  
Speisezimmer, Herren-  
zimmer, Schlafzimmer  
Wohnzimmer, Wohn-  
salons, Dielen, Küchen  
usw. usw.  
Besichtigung lohnend u. erwünscht  
Verkauf zu sehr soliden Preisen.  
Echte Perler und deutsche  
Teppiche, Echte Kristalle, Por-  
zellan, Kronen, Klobiell u.  
Sofas in Leder und Gobelin.  
:: Kunstmöbel aller Art. ::  
**M. Schlewinsky & Co.**  
Berlin C, Dirschstr. 31  
am Bodend Alexanderplatz, Ecke Königsgraben.

**Alte Gebisse**  
zu den höchsten Tagespreisen  
Zahn 18.-, 20.- bis 30.- Mark  
Kein Zahn unter 18 M., wo die Echtheit festgestellt ist  
Knochenzähne 8.- Mark  
Altgold, Silberbruch, Brennstifte  
kauft zu den höchsten Tagespreisen  
**Zahnpraxis ROSENZWEIG.**  
Oranienburger Str. 38, hochpt.  
Einkauf von 9-6 Uhr.

**Bäcker-Genossenschaft Berlin.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Bilanz per 28. Dezember 1919.

Aktiva.		Passiva.	
Einzelkonten G. G. G.	1064,45	Per Mitglieder-Guth.	
Umsatzkonten	890,50	Rente	5750,-
Gehaltskonten	2068,55	Reservekonten	3100,-
Rechnungskonten	960,-	Spezial-Reserve-	
Wohlfühlkonten	485,-	konten-Rente	2136,13
Raffinaten	9170,80	Darlehens-Guth.	
Gesamth.-Ums.-Rente	3258,-	konten	8800,-
Bücherkonten	15088,74	Rente-Reservekonten	12407,74
Gehaltskonten B.	481,50	Bücherkonten	4650,-
Warenekonten	21312,50	Dispositionskonten	15230,15
Gehaltskonten F.	643,-		
	55008,04		55008,04

Gewinn- und Verlustkonto per 28. Dezember 1919.

Debet.		Credit.	
Einzelkonten G. G. G.	1,-	Per Rückstellungen	2515,94
Umsatzkonten	208,50		34,50
Gehaltskonten	3998,55		251544,02
Rechnungskonten	485,-		25050,58
Wohlfühlkonten	894,95		
Gehaltskonten P.	21042,91		
	12014,51		
Berlin-Ums.-Rente	106542,80		
Gesamth.-Ums.-Rente	13133,94		
Bücherkonten	6675,10		
Gehaltskonten B.	34403,07		
Dispositionskonten	16220,15		
Gewinn	27605,50		27605,50

Während des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 25 Genossen an mit einer Gesamtstamme von 3750 St. und einem Mitglieder-guthaben in derselben Höhe. Die Gesamtstamme und das Mitglieder-guthaben haben sich gegen das Vorjahr nicht verändert und nicht vermindert. Das Geschäftsjahr ging vom 01. Dezember 1918 bis 28. Dezember 1919.

**Altes Eisen**  
in gros - detail  
laut zu höchsten Tagespreisen.  
**J. Achs,**  
Nife Jakobstr. 64.

**Kupfer**  
per Aße 23.-, Rotguss 20.-,  
Messing 14.-, Blei 8.-,  
Zink 6.-  
Wiemer, Duthufer Str. 50, I.

**Stellenangebote**  
**Tüchtige Einrichter**  
für Revolverbänke, Automaten, Universal-  
Fräsmaschinen zum sofortigen Eintritt gesucht.  
Angebote mit näheren Angaben über bisherige Tätigkeit  
sind zu richten an die  
**Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik**  
Aktiengesellschaft.

Tüchtige 136/19  
**Hartgummi-Drechsler**  
gegen hohen Lohn zu sofortigem Eintritt gesucht.  
**F. Soennecken, Bonn.**  
Jüngster, tüchtiger  
**Kunstformer**  
auf größtes Bronzen, Figuren usw. in Dauerherstellung  
gesucht.

Stellungen an  
**Franz Schmitz & Co.,** Bronzegießerei,  
Klein-Tischstr. 9 bei Breslau.

Für das Gewerkschaftshaus zu Liegnitz  
wird zum 1. April 1920  
**ein Oekonom gesucht.**  
Bewerbungen mit Aufschrift sind bis zum 1. März an  
Heinrich Ulber, Liegnitz, Brüderstr. 4, I.,  
zu richten. Bei demselben sind auch die Be-  
dingungen zu erfahren. 132/10

Suche tüchtige 188/14  
**Holzbildhauer**  
Stadtenlohn 4 M.  
**Nöhlfabrik H. Siebeking,**  
Minden i. W.

**Kaufbursche**  
für Bureau verlangt. 85/17  
**Hilbert Labus**  
Wegscheiderstr. 22/23a.

**Metallschleifer**  
suche 65/2  
**Albert Kurtz, Simonsstr. 13.**

**Aushilfen**  
für leichte Kontorarbeiten per  
sofort oder 1. März gesucht.  
**Jonass & Co.,**  
Belle-Alliancestr. 7-10.

**Zelehner, Stecher, Pauser**  
verlangen 95/18  
Berliner Tapissereifabrik,  
Ritterstraße 72.

**Musternäherinnen**  
für Kleider und Hüsen im  
Haus sucht bei hohem Lohn  
Jerusalem-  
**Julius Crost, Straße 15.**

**Kontoristin**  
mit Buchführung, Steno-  
graphie und Schreib-  
maschine verlangt. für so-  
fort gesucht. Offerten mit  
K. 48 an die Hauptpost  
des „Bom.“, Lindenstr. 3.

**Kontoristin**  
Jüngere, per sofort oder 1. März.  
**Jonass & Co.,**  
Belle-Alliance-Straße 7-10

**Geldte Drabtheferin**  
für Kontobücher verlangen  
**Sachmann u. Göbel**  
Rosa-Brüderstr. 48.

**Verkäuferin**  
für Kleider per sofort oder  
1. März.  
**Jonass & Co.,**  
Belle-Alliance-Straße 7-10

**Tüchtige Kontoristinnen**  
sofort gesucht.  
Meldungen von 11-12 Uhr vormittags.  
**Kaufhaus des Westens**  
G. m. b. H.  
Berlin W 50, Taunusstr. 21-24.

**JAPALAN**  
AM ZOO  
2te Woche verlängert!  
Stümpferwettbewerb im Zoo:  
Ed. v. Winterstein / Rosa Grünig, Louis Häfflich  
Paul Hartmann / Reinhold Schünzel / Eugen  
Klopfer / Karl Pister / Jenny Harbe / Wilhelm Diegel-  
mann / Fritz Beckmann / Gustav Bort / Paul Gress  
in  
**Maria Magdalene**  
von Friedrich Hebbel  
Für den Film bearbeitet von B. E. Lüthge  
Regie: Reinhold Schünzel  
Wochentags 7 u. 9 1/2 Uhr / Sonntags 4, 6, 8 Uhr  
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr (ohne Aufschlag)



## Politische Banditen.

### Baltikumer als Versammlungssprenger.

Eine wilde Versammlungssprengung durch eine Horde baltischer Soldaten hat sich am Freitagabend in Charlottenburg ereignet. Dort sollte in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums in einer Versammlung des „Bund Neues Vaterland“ Herr Helmuth von Gerlach über die Auslieferungsforderung sprechen. Er hatte kaum einige Sätze seines Referats vorgetragen, als er durch wüsten Lärm unterbrochen wurde. Der Versammlungsleiter Dr. Gumpel forderte darauf die Redner auf, den Saal zu verlassen, wenn sie die Redefreiheit nicht respektieren wollten. Darauf erhob sich ein geschlossener Haufe von etwa 40 bis 50 Baltikumern unter Anführung von Offizieren, aber nicht etwa um den Saal zu verlassen, sondern um das Podium zu stürmen. Es kam zu einem wüsten Handgemenge, bei dem sowohl der Versammlungsleiter wie der Referent schwer mißhandelt und blutig geschlagen wurden. Herr von Gerlach mußte verletzt fortgetragen werden. Auch Frauen wurden von den Kahlköpfen in wüster Weise beschimpft und tätlich angegriffen. Der Haufen trug auch einen stark antisemitischen Charakter, es wurde geschrien, daß Juden überhaupt nicht in Deutschland leben dürften. (Wir wissen nicht, ob Herr von Gerlach von den Rabauktrüben für einen Juden gehalten wurde.) Auf der Straße feierten die Banditen dann ihren „Sieg“ unter Schreien auf die Monarchie und Schmähschriften gegen die Regierung. Sicherheitsmannschaften waren nicht zur Stelle.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat vor wenigen Tagen Leute, die in dieser Weise Versammlungen sprengen, als „politische Banditen“ bezeichnet und gefragt, wie lange die Regierung diesem Treiben müßig zusehen will. Wir sehen nicht an, die Bezeichnung wie die Frage des alldeutschen Blattes uns zu eigen zu machen. Wir fragen die Regierung: „Wie lange will sie noch dulden, daß ein Haufen verrohter Landsknechte, Reuterer und Deserteur anständigen und ruhigen Bürger terrorisiert und die politische Meinungsfreiheit vergewaltigt? Wir fordern, daß das baltische Körperlich und sittlich gleich verkommene Wandtrogengesindel, das uns als einzigen Segen in Deutschland eine gewaltige Zunahme der Geschlechtskrankheiten bekehrt hat, unter strenger Bewachung in Konzentrationslagern interniert wird, wo es keinen Schaden mehr anrichten kann. Selbstverständlich ist strengstens durchgeführte Entwaffnung erste Voraussetzung. Die Bevölkerung hat es satt, von diesen Elementen, die von Rechts wegen ins Gefängnis und Zuchthaus gehören, auch noch Gewalttätigkeiten einstecken zu müssen.“

## Die Not im Erzgebirge.

Die düsteren Notzustände im Erzgebirge, die wir vor acht Tagen in einem Leitartikel unseres Blattes dargestellt haben, hat uns Zuschriften eingetragen, die erkennen lassen, daß vielerorts das Bedürfnis besteht, an der Not der Erzgebirgsbevölkerung Linderung zu schaffen. Nunmehr ist bei der Preussischen Staatsbank ein Konto „Nothilfe für das Erzgebirge“ eröffnet worden, auf das Wohlthäter ihre Spenden einzahlen können. Auch die kleinsten Beiträge sind für die Hilfeleistung wertvoll. Geldsendungen wolle man adressieren: An die Preussische Staatsbank, Berlin, Markgrafenstraße, für das Konto „Nothilfe für das Erzgebirge“.

Bis jetzt sind eingegangen:

Von Ungenannt	.....	RM. 10 000.—
Auslandshilfe Rotes Kreuz Berlin	.....	10 000.—
	Summa	RM. 20 000.—

## Das Problem der Ruhrrevieriedlung.

Im Ausschuss der Landesversammlung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk wurden die §§ 17 bis 21 angenommen, die das Fluchtlinien- und Kleinfeldbauwesen unter die einheitliche Leitung des Verbandes stellen. Sobald durch ein Reichsgesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben den Gemeinden oder Kreisen das Recht auf Übernahme von Bahnunternehmungen gewährt wird, gehen im Verbandsgebiet diese Rechte auf den Verband über, der Verband geht den Kreisen und Gemeinden vor. Ein demokratischer Antrag, der Ausschuss möge eine gemeinsame Sitzung mit dem Verbandsausschuss abhalten, um das Gesundheitswesen im Verbandsgebiet ebenfalls der Leitung des Verbandes zu unterstellen, wurde abgelehnt, da sich nach den begünstigten Absichten der Regierung der Siedlungsverband auf bestimmte eng begrenzte Aufgaben beschränken soll, damit er nicht den Charakter einer Industrieprovinz bekommt.

## Das U. S. P.-Attentat auf die Leipziger Stadtkasse.

In dem Prozeß gegen den Vizebürgermeisterordnungsrichter Scheib und den Stadtbürgermeister Krug, die wegen Fälschung des Leipziger Oberbürgermeisters zur Herausgabe von 400 000 M. zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt sind, wurde am Freitag vom Reichsgericht das am 23. Januar verhängte Urteil verhängt. Die Revision der beiden Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 12. Juli 1919 ist zu verwerfen. In eingehender Begründung wird dargelegt, daß der strafbare Tatbestand einwandfrei festgestellt sei, insbesondere sei auch die Mittäterschaft an der von Friedrich Geher begangenen Handlung einwandfrei festgestellt. Ein Recht des Arbeiter- und Soldatenrates zur Verhaftung des Oberbürgermeisters lag nicht vor, und die Angeklagten konnten auch an ein solches Recht nicht glauben.

## Viehhandelsverbot im besetzten Gebiet.

Reims, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im besetzten französischen Gebiet ist man jetzt zu einem gänzlichen Verbot der Abhaltung von Viehmärkten übergegangen. Auch der außermärkliche Ankauf und Verkauf von einzelnen Stücken von Vieh ist verboten worden und unter schwere Strafe gestellt. Zuwiderhandelnde werden von den Franzosen mit sechs Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe bestraft. Das Verbot wird mit der Notwendigkeit begründet, die vertraglichen Erzeugnisse Deutschlands an Vieh nach Frankreich und Belgien zu erzielen. Die Folge dieses Verbots wird eine weitere erhebliche Verzögerung der Fleischversorgung in Westdeutschland bedeuten.

Abgeordneter Gen. Knefel vermisst. Nach Meldung des B.L.G. wird das sozialdemokratische Mitglied der Preussischen Landesversammlung, Köpfer Josef Knefel aus Reichs (36 Jahre alt), seit einiger Zeit vermisst. Nachrichten über seinen Aufenthaltsort oder seinen Verbleib werden an das Bureau der Landesversammlung, Berlin, Prinz-Albrecht-Str. 6, erbeten.

## Die Steigerung der Kohlenproduktion.

### Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Der Reichskanzler Genosse Gustav Bauer hat im Anschluß an das zwischen den Arbeiterorganisationen und den Zechenverbänden zustandgekommene Abkommen über die Steigerung der Kohlenproduktion einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ u. a. erklärt:

Der große Kohlenmangel, unter dem wir zu leiden haben, zwingt uns, unter allen Umständen für eine Steigerung der Förderung zu sorgen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden wird dadurch vorerst zur Unmöglichkeit. Uebrigens könnte dies schwerwiegende Problem nur durch internationale Regelung gelöst werden. Auf diesen Standpunkt haben sich ja auch die Bergarbeiter in ihrer großen Mehrheit gestellt, mit Ausnahme allein jener Kreise, die durch die linksradikale Agitation irreführt worden sind. Wenn nun die Bergarbeiter nicht nur von der Forderung des Sechsstundentages abgesehen haben, sondern über die jetzige Arbeitszeit hinaus noch Ueberschichten zu fahren gemüht sind, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Bergarbeiterschaft einsichtig genug ist, unsere Notlage zu übersehen und die Folgerungen daraus zu ziehen.

Wenn von seiten der Arbeitnehmer vorgeschlagen worden ist, die Kohlenförderung durch Einstellung neuer Arbeitskräfte zu heben, so läßt sich dieser Vorschlag schon im Hinblick auf den Mangel an geeigneten Wohnungen sowie wegen der technischen Schwierigkeiten nicht so schnell verwirklichen. Indessen verfolgt die Reichsregierung diesen Plan und der Neubau der Arbeiterwohnungen ist in umfangreichem Maße vorgesehen. Wir hoffen in absehbarer Zukunft im Ruhrrevier etwa 150 000 Mann unterbringen zu können. Zur Beseitigung der Krisis gibt es daher nur ein Mittel und das ist: Nicht Schichtverkürzung, sondern Streckung der Arbeitszeit. Es ist nicht zuletzt der Haltung des Reichskommissars Sebering und der Einsicht der Gewerkschaftsführer zu danken, wenn das schwere Ziel der Einigung dennoch gelang. Die Vertrauensleute der Arbeitnehmer wiesen mit Recht auf die mannigfachen und schweren Nebenwirkungen einer verlängerten Arbeitszeit hin; ihre Entschlossenheit, der Not des gesamten Volkes abzuwehren, besiegte alle nabeliegenden Einwände.

Nur über die Art und Weise der Mehrleistungen bestanden noch abweichende Auffassungen. Die Zechenbesitzer hatten vorgeschlagen, die Arbeitszeit von 7 auf 8½ Stunden täglich zu erhöhen. Dagegen erhoben sich jedoch in den Kreisen der Bergarbeiter gewichtige Sorgen und so kam man schließlich zu der Einigung, daß wöchentlich zwei halbe Ueberschichten gefahren werden sollen. Das geschieht in der Weise, daß im Anschluß an 7 Stunden Schicht 3¼ Stunden Ueberschicht gefahren werden, so daß in den Tagen der Ueberschicht insgesamt 10½ Stunden, d. h. also in der Woche ein Sechstel mehr gearbeitet wird, als bisher. Um sich zu vergegenwärtigen, was das heißt, muß man auf die Förderungszahl der letzten Monate des Jahres 1919 zurückgreifen; im Durchschnitt werden 6 bis 7 Millionen Tonnen Kohle monatlich im Ruhrgebiet gefördert. Die jetzige Schichtverlängerung bringt also eine Steigerung der Leistungen um etwa eine Million Tonnen im Monat, das heißt 12 Millionen Tonnen im Jahr. Eine Ausdehnung der Vereinbarung auf Oberschlesien und die Braunkohlengebiete muß angestrebt werden.

Die Entschädigung, die für die Ueberschicht geleistet wird, mußte natürlich für die Bergarbeiter einen starken Anreiz bilden. Es wird ein Lohnzuschlag von 100 Proz. für Arbeiten unter Tage und ein Zuschlag von 50 Proz. für Arbeiten über Tage gewährt. Geld allein macht aber auch die Bergarbeiter nicht glücklich, sie müssen Gelegenheiten haben, sich für dieses Geld Lebensmittel zu kaufen. Wenn deshalb die schwererbelohnten Bergleuten Sonderleistungen an Brot und Fett bewilligt worden sind, so dürfte das von der übrigen Bevölkerung durchaus verstanden und gebilligt werden. In seinen praktischen Folgen wird das getroffene Abkommen sowohl innenpolitisch wie außenpolitisch bald dem gesamten Volke sich äußerst wohltätig erweisen. Dies gilt zunächst für die Versorgung der Eisenbahn mit Betriebsstoffen, wodurch der Abtransport von Lebensmitteln eine Steigerung erfahren wird. Aber auch die Lebensmittel selbst werden wir durch eine stärkere Kohlenförderung vermehren können, indem wenigstens ein Teil dieser Kohlen nach dem Ausland gehen und uns so Devisen für den besonders während der nächsten Monate dringend notwendigen Lebensmittelaufkauf verschaffen wird. Daß Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig an der gesteigerten Kohlenproduktion teilhaben sollen, versteht sich von selbst. Schließlich, aber nicht zuletzt, muß ich darauf hinweisen, daß jede Steigerung der Kohlenförderung dazu dient, unsere auf dem Friedensvertrag beruhende Lieferungsverpflichtung möglichst zu erfüllen. Die Orientie wird auch aus diesem Abkommen über eine Vermehrung der Arbeitszeit im Ruhrrevier ersicht werden können, wie ernst es uns ist mit der Erfüllung übernommenen Pflichten. Mehr aber noch dürfte nicht nur der Emotion, sondern der ganzen kühnsten Welt aus der Entschlossenheit der deutschen Bergarbeiter, die Arbeitsleistung zu steigern und die Arbeitszeit zu verlängern, die Ueberzeugung sinnfällig werden, daß Deutschlands moralische, wirtschaftliche und politische Wiederherstellung vorschreitet.

## Das Frankfurter Gewerkschaftskartell gegen Schuchhaft

Frankfurt a. M., 20. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der gestrigen Versammlung des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells wurde davon Kenntnis genommen, daß sich der Kartellauschuss wegen der vom militärischen Oberbefehlshaber der Provinz Hessen-Kassel angeordneten Voranmeldung von Versammlungen, insbesondere aber der verlangten Anmeldung der Redner beschwerdefähig an den Oberpräsidenten Dr. Schwander gewendet hat. In diesem Schreiben wird auch dringend ersucht, die über die Verlesung des Eisenbahnerkonflikts verhängte Schuchhaft aufzuheben und zwar um so mehr, als weder eine Gewähr für die öffentliche Ordnung, noch für den Verkehr der Eisenbahn nach der eingehenden Kenntnis des Kartellauschusses vorliegt.

Die Verwaltung im Saarrevier. Im Interesse der saarländischen Bevölkerung hat General Wirbel, der Oberste Verwalter des Saargebietes, nach einer Meldung der „V.P.N.“ eine Kommission zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen mit beratendem Charakter eingesetzt. In dieser Kommission haben u. a. die Freien Gewerkschaften zwei Mitglieder, die Christlichen Gewerkschaften drei, der Schuerverein für Handel und Gewerbe zwei, die Presse einen, die Abgeordneten acht Sitze. Die Kommission hat den Zweck, sich mit allen wirtschaftlichen Fragen, die das Saargebiet betreffen und mit der Umwandlung des wirtschaftlichen Lebens des Saarländes im Zusammenhang stehen, zu befassen.

Der Staat Missouri für den Völkerverbund. Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet: Der im Staate Missouri vorgeschriebene Wahl zum Kongreß wurde in den Vereinigten Staaten mit großer Spannung entgegengelesen. Der demokratische Kandidat, der sich für den Völkerverbund erklärte, wurde mit einer Mehrheit von 1800 Stimmen gewählt.

## Wirtschaft.

### Produzenten kontra Verbraucher.

Nicht nur der letzte Verbraucher, der die Ware verzehrt, steht im schärfsten Gegensatz zum Produzenten, sondern auch die Zwischenverbraucher. Das empfindet höchst schmerzhaft der Maschinenbau, der der Rohstoffe verarbeitenden Industrie angehört. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, der drei Viertel der deutschen Maschinenfabriken umfaßt, hatte eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, um laut und vernehmlich gegen die gewinnstüchtigen Regungen der Schwerindustrie, die ihm die Rohstoffe liefert, zu protestieren. Es wurde dort u. a. ausgeführt:

Gegen Rohstoff- und Halbfabrikateher auch dazu über, für die zu Auslandslieferungen bestimmten Teile maßlose Forderungen an die Maschinenbauanstalten zu stellen, so wäre damit das Schicksal der Ausfuhr im Maschinenbau endgültig besiegelt. Wenn der Stahlbund künftig, wie er beschlossen hat, sein Material, soweit es zur Herstellung von Auslandslieferungen bestimmt ist, nur zu Auslandspreisen abgibt, so würde z. B. Stab- und Formeisen heute 8000 M. die Tonne, d. h. also das Sechzig- bis Siebzigfache des Friedenspreises kosten. Der große Vorrat, den der deutsche Maschinenbau infolge unseres geringen Geldwertes bisher vor dem englischen und amerikanischen Wettbewerb auf dem Weltmarkt hatte, würde bei solcher Preispolitik der Roh- und Halbfabrikateher nahezu beseitigt werden. Eine Verständigung zwischen Eisenherzeugern und dem Maschinenbau ist daher dringend geboten. Der Weltmarkt der Maschinen läßt sich zwar theoretisch errechnen, indem man die heutigen Erzeugnisse in dem Ausfuhrlande mit Ueberschichtung mit der Entwertung des deutschen Geldes multipliziert, jedoch muß von diesem errechneten Preise eine Hof- oder Ungünstigkeitsprämie in Abzug gebracht werden. Allgemein ist bekannt, daß im Auslande sehr häufig Maschinenlieferungen trotz günstiger deutscher Angebote nach England und Amerika zu wesentlich höheren Preisen vergeben werden, weil doch auf Einhaltung der Dieselförderung gerechnet werden kann. Nach alledem ist also ein etwa fünfzigfacher Friedenspreis das höchste, was der deutsche Maschinenbau bei der Ausfuhr ins Ausland erzielen kann, während dagegen die Ausfuhrpreise für Rohstoffe, Halbfabrikate, heute bereits das Sechzig- bis Siebzigfache des Friedenspreises erreicht. Der Redner empfahl, Maschinen mit langfristigen Lieferzeiten nach dem Auslande auch im Inlande nur zu gleichen Preisen anzubieten, und den endgültigen Preis von den höchsten während der Lieferung geltenden Eisenpreisen abhängig zu machen. Angesichts der schwierigen Lage, in der der Maschinenbau sich befindet, ist die vom Reichswirtschaftsministerium vorgesehene Aufschubabgabe unerträglich. Später wird man allerdings an einer solchen Abgabe nicht vorbeikommen, wenn das deutsche Wirtschaftsleben gesund erhalten werden soll. Diese Abgabe muß sich jedoch zunächst auf Roh- und Halbfabrikate beschränken und sie in einer solchen Höhe treffen, daß einerseits kein Anreiz zur Ausfuhr dieser Stoffe mehr gegeben ist, andererseits den Erzeugern der Industrie ein ansehnlicher Nutzen verbleibt. Erst in späterer Zeit kann auch an die Frage der Aufschubabgabe für die Fertigindustrien herangetreten werden. Unbedingt muß das Reichswirtschaftsministerium unsere Wirtschaft davor bewahren, daß etwa die Weltmarktpreise auf unsere inneren Verhältnisse übertragen werden.

Eine Verständigung zwischen Produzenten und Verbrauchern wünscht der Redner. Wir auch! Leider sind die Herren vom Maschinenbau laub, wenn man zu ihnen von einer Organisation der Wirtschaft spricht, in der die Ausbeutung der einen durch die anderen aufhört, in der nicht mehr die Kapitalmacht und Monopolstellung die Höhe der Preise bestimmt. Die in Festverbänden straff organisierte Maschinenindustrie selbst hat sich Monopole geschaffen, die dem letzten Verbraucher die Preise diktiert. Das halten die Herren für gut und recht, dennoch wundern sie sich und schreien laut darüber, daß die Schwerindustrie das gleiche seit langem tut. Die Führer des Maschinenbaukapitals, Kurt Sorge, von Borja usw. sind nicht ein Deut einsichtiger als die Magnaten der Eisen- oder Kohlenindustrie, die feindseligen Brüder gehören der gleichen Familie „Großkapital“ an. Leider legen sie sozialistische Angestellte vor die Tür, sonst könnten die ihnen den Weg zeigen, auf dem Erzeuger und Verbraucher friedlich zum Besten der Volksgemeinschaft miteinander, nicht gegeneinander arbeiten könnten.

### Kriegsanleihe auf 79 Proz. gestiegen.

Es lagen große Kaufaufträge für deutsche Kriegsanleihen, namentlich aus dem Auslande, vor.

### Sozialisierung hinterherum.

Wir haben in dem Artikel „Der Kampf der Klassen“ „Vorwärts“, Nr. 33, die Grundzüge des Reichswirtschaftsministeriums für die Feststellung der neuen Rohstoffpreise dargelegt. Zu diesen Grundzügen schrebt der Berliner Lokalanzeiger, der bekanntlich Eigentum schwerindustrieller Kreise ist, unter obigem Stichwort folgendes:

„Schon daß dieser Gedanke überhaupt an maßgebender Stelle ernsthaft erwogen wird, bedeutet eine schwere Gefährdung der Produktionskraft der Industrie, weil die privatwirtschaftliche Initiative durch die bloße Möglichkeit seiner Durchführung vollkommen gelähmt wird.“

Der Vorstoß des Reichswirtschaftsministeriums wird gegen den Kohlenbergbau geplant. Sorgen und Übermorgen werden an der Industrie vor dem Verbruche einer gleichen Vergewaltigung stehen. Wenn die Regelung der deutschen Industrie als die erste Vorbedingung des wirtschaftlichen Aufstieges erscheint, der muß es ungeheuerlich finden, daß das Wirtschaftsministerium in einer Zeit, wo es gilt, zunächst einmal unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, statt dessen verächtlich politische Nebengeschäfte zu machen.“

Während der Bergbau in einer Zeit, in der die höchste Nachfrage nach seinen Produkten besteht, zu den Gebieten, die der privatwirtschaftlichen Initiative bedürfen? Man sieht, welcher Mißbrauch mit diesem Schlagwort getrieben wird. Hier brauchen wir planmäßige generalwirtschaftliche Arbeit, geleitet von hervorragenden, wirtschaftlich-technisch-erfahrenen Führern, die das Reich ebensogut in seinen Dienst stellen kann, wie irgendeine Kapitalgruppe. Die privatwirtschaftliche Initiative, die nur an die Interessen des Kapitals denkt, die nur das unternimmt, was der höchsten Profit verspricht, nicht an das, was volkswirtschaftlich am dringendsten benötigt wird, können wir hier durchaus entbehren.

Stadtschulds-Hypothek. Dem Brandenburgischen Provinziallandtag wird eine Vorlage unterbreitet werden, nach der die Stadtschulds der Provinz Brandenburg (Brandenburgisches Provinzialamt für Gausgrundstücke Berlin, Victoriastraße 20) berechtigt sein soll, unter entsprechenden Sicherungen auch zweifelhafte Beleihungen bis zu 75 Proz. bzw. zur Förderung des Kleinwohnungsweizens bis zu 80 Proz. des Grundstückwertes zu gewähren.

Ausfuhrverbot für Papier, Pappe und daraus hergestellten Waren. Die Ausfuhr der genannten Waren ist ohne Bewilligung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen verboten.



# Verbandstag der Landarbeiter.

Der letzte Sitzungstag (Freitag) wurde zum größten Teil durch die Statutenberatung in Anspruch genommen. Die Vorlage der Kommission fand einstimmige Annahme. Dann wurde eine Anzahl verschiedener Anträge behandelt. Beschlossen wurde:

Die Regierung soll ersucht werden, sofort eine staatliche obligatorische Lebensversicherung einzuführen und die privaten Versicherungsunternehmen zu sozialisieren.

Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Kontrolle der Landarbeiterwohnungen durchgeführt wird und daß Arbeiterbestreiter dabei mitwirken.

Jedes Mitglied soll jährlich mindestens 4 M. zum Bau eines Wohnhauses beisteuern.

Es soll dahin gewirkt werden, daß die Betriebsräte wählen auf dem Lande erst nach dem 1. April vorgenommen werden.

Die Regierung wird ersucht, die Bestimmung der Verbannung aufzuheben, monach Arbeiter, die früher in der Landwirtschaft beschäftigt waren, derselben wieder zuzuführen sind.

Es wird verlangt, daß der Belagerungszustand so bald wie möglich aufgehoben wird, da er sich vorwiegend gegen die Landarbeiterorganisationen geltend mache, anstatt sich gegen die Reaktion zu wenden.

Gegenüber einem Redner, der die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes bestritt, bemerkte Georg Schmidt, ohne den Belagerungszustand könne das reaktionäre Treiben der pommerischen Junker nicht mit Erfolg bekämpft werden.

Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die darauf hinweist, daß ein Teil der Großgrundbesitzer bestrebt ist, durch Ausschagerung der städtischen Bevölkerung unsere Volkswirtschaft zum Zusammenbruch zu bringen.

um dadurch den Sturz des gegenwärtigen Regierungssystems herbeizuführen. Um dieses Treiben zu verhindern, werden die Landarbeiter verpflichtet, darüber zu wachen, daß die Landwirte ihrer Ablieferungspllicht genügen, damit die städtische Bevölkerung und die industrielle Arbeiterschaft, mit denen sich die Landarbeiter solidarisch fühlen, vor der Ausschagerung bewahrt bleibt.

Zu einer Debatte kam es aus Anlaß einer Resolution, die gegen die Schließung der Eisenbahnwerkstätten protestiert. — Die Bestimmung der Resolution beschränkt die Schließung als einen Schlag gegen die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner und meinte, die Arbeiter in den Staatsbahnen könnten befürchten, daß auch gegen sie derartige Maßnahmen ergriffen werden. Auch auf den bereits am Tage vorher behandelten Moskischen Erlass gegen Landarbeiterstreiks griff die Debatte zurück.

Georg Schmidt sagte hierzu, als Abgeordneter der Reichstagen Landparlamentarier wisse er, daß die Schließung der Eisenbahnwerkstätten ein Schlag gegen das Sozialrecht der Arbeiter sei. Es sollte darauf nur erwidert werden, daß in den Werkstätten ordnungsmäßig gearbeitet werde. Der Staat sei nicht in der Lage, alljährlich Milliarden bei der Eisenbahn auszugeben.

Sozialisierung bedeute nicht Konfiszierung, sondern Arbeit.

Das Sozialrecht der Eisenbahner sei nicht bedroht, aber das Sozialrecht der Landarbeiter werde durch die reaktionären Junker bedroht. Deshalb müsse die Regierung gegen die Massenentlassungen Schritte ergreifen als bisher. Es genüge nicht, daß über die Entlassungen vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden solle. Das sei übrigens gar nicht ausführbar, weil es sich um Tausende von Fällen handle. Von der Regierung verlangten die Landarbeiter, daß sie die Entlassungen einfach aufhebe (Beifall) und daß nur die Entlassungen als berechtigt gelten, wo der Arbeitgeber nachweist, daß einer der Gründe vorliegt, die zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigen würden: Diebstahl, Trunksucht, vorläufige Beschädigung des Inventars, Mißhandlung der Tiere und unzüchtige Zumutungen. Gegen die offensichtlichen Mißhandlungen in Pommer und anderswo muß vorgegangen werden, sonst gibt es Landarbeiterstreiks. Dagegen helfen alle Erlasse nicht. (Beifall.)

Die Resolution gegen die Schließung der Eisenbahnwerkstätten wurde hierauf zurückgezogen.

Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde auf neun erhöht. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Danach bilden den Vorstand: 1. Vorsitzender Georg Schmidt, 2. Vorsitzender Koch, 1. Kassierer Woldt, 2. Kassierer Hartung, Sekretäre Swasnik, Sekretäre Bernier, Schulte, Schmauß und Schuler.

Die folgende von Hoffmann-Heinrichsward beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung spricht den Kollegen und Kolleginnen, die durch den Gewaltstreich von uns losgerissen sind, unerschütterliche Treue und Solidarität aus und hofft, die gegen ihren Willen aus dem Verband Gerissenen bald wieder in der Mitte unserer Kollegen begrüßen zu können.

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schmidt schloß den Verbandstag mit dem Wunsch, daß die Regierung den Beschäftigten bestmögliche Beachtung schenken werde. Die Forderungen der Landarbeiter seien beachtenswerter als die Heben der Scherhälle, die diese Woche im Sirkus Busch tagten. (Beifall.)

Freitag abend. Es ist das Mitglied des unabhängigen Volksgenossen Raikahn, der in diesem Gesetzgebungsmaximal nur einen Versuch erblide, die Arbeiter und Angehörigen zu knebeln und zu fesseln.

Durch das Betriebsrätegesetz sollen nach Raikahn die Arbeiter und Angehörigen in den kapitalistischen Produktionsprozesse eingekapselt werden. Die ihm verhassten Arbeitsgemeinschaften, die obligatorischen Schiedsgerichte und das angehängte Arbeitslosenversicherungsgesetz sollen weitere Hilfsmittel dieses Unterdrückungswerkes sein.

Wer über das Betriebsrätegesetz so denkt wie Herr Raikahn, der bringt sicher ein großes intellektuelles Opfer, wenn er gleichwohl für die Beteiligung an den Betriebsrätewahlen eintritt. Die logische Folge für jemand, der in einem Gesetz nur ein Instrument der Knebelung für die Arbeiter und Angehörigen sieht, wäre doch eigentlich der Boykott solcher Wahlen. Denn wenn ein Gesetz nichts taugt, so läßt man doch lieber alles beim alten.

Aber die Raikahn und Monisten haben ihre Grundzüge; sie hüten sich, Wahlbittener zu sein. Das Gesetz hat nach ihrer Auffassung den Fehler, daß es der unabhängigen-kommunistischen Alleinherrschaft im Betriebe ein Ende macht. Und alles, was die Tragik der vom Schicksal des roten Volksgenossen in ihrer Rechtfertigung zu schwächen geeignet ist, bezeichnen sie fälschlicherweise als eine Brücke. Die im Betriebsrätegesetz vorgesehene Verhältniswahl macht einen bitteren Strich durch die Alleinherrschaft der Diktatoren von links, sobald die mehrheitssozialistisch denkende Arbeiter- und Angehörigenchaft von ihrem Wahlrecht den umfassendsten Gebrauch macht.

Der bisherige Kampf der Raikahn und Genossen richtet sich auch nicht so sehr gegen den Unternehmer, als vielmehr gegen ihre anderdenkenden Massen Genossen. Bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen wird jedoch nicht Verzicht sein dürfen, auch fernerhin Arbeitergruppen zu verweigern, sondern Männer auf den Posten zu stellen, die eine große volkswirtschaftliche Einsicht, ein entwickeltes soziales Pflichtgefühl und das ernste Streben in sich fassen, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter des Betriebes und darüber hinaus die der Gesamtheit wahrzunehmen.

Da darf es nicht darauf ankommen, welche politische Auffassung der in Frage kommende Kandidat besitzt, sondern ob er fähig ist, die ihm zugedachte Funktion auszuüben. Nicht also revolutionäre Grobmäuligkeit, sondern Lässigkeit im Weitersein und umfassendes Können muß den zu wählenden Mann auszeichnen. Mit Verantwortlichkeitsbewußtsein gegenüber der Gesamtheit werden die Betriebsräte erfüllt sein müssen, wenn sie überhaupt zum Segen in ihrem Amte wirken wollen.

So denken sich diese Betriebsräte der Raikahn und Genossen natürlich nicht. Sie stellen von vornherein Listen auf mit der Parole: „Für das revolutionäre Rätesystem!“

Mit einer solchen Parole werden sie in Konflikt kommen mit allen führenden Gewerkschaftsgruppen, denen diese Betriebsrätewahlen kein bloßes Spiel sind, sondern die den ernstesten Versuch machen wollen, die Posten und Tätigkeiten der Hochgenossen auf verantwortungsvolle Posten zu stellen. Zum ersten Male soll die moderne Arbeiter- und Angehörigenchaft beweisen, daß sie eine wichtige Funktion im Wirtschaftsprozess ausüben kann, eine Funktion, mit der nicht nur ihr eigener Aufstieg, sondern die kulturellen Interessen der Gesamtheit verbunden sind.

## Gehaltsbewegung der Angestellten in Berufsorganisationen und Ortskrankenkassen.

Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit weiter erheblich gestiegene Verteuerung aller Lebensbedürfnisse hat der Zentralverband der Angestellten an den Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen und an den Arbeitgeberverband deutscher Berufsorganisationen auf Grund der betreffenden Tarifbestimmungen den Antrag gestellt, über eine Erhöhung der Teuerungszulagen resp. des beweglichen Gehaltszuschlages (höchstens in Verhandlungen einzutreten). Die Verhandlungen für die Ortskrankenkassenangestellten finden am 24. Februar, die für die Berufsorganisationenangestellten am 21. Februar statt.

## Wie mit Beiträgen gewerkschaftet wird.

Von der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Buch- und Steinbruderel-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands erhalten wir zu der in der Abendnummer des „Vorwärts“ vom 17. Februar unter obiger Überschrift erschienenen Notiz eine Verichtigung, worin zunächst bestritten wird, daß Beiträge von mehrheitssozialistischen Mitgliedern zu ihrer eigenen Bekämpfung verwendet werden. Daß in dem aus den Mitteln der gesamten Berliner Mitgliedschaft bezahlten „Mitteilungsblatt“ unabhängig-kommunistische Artikel erschienen sind, deren Tendenz sich gegen die mehrheitssozialistischen Mitglieder richtet, erwähnt die Verichtigung nicht.

Dem Profetier sei von der Versammlung aufgegeben worden, für seine Anschuldigungen den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Das Wort „Lügner“ sei gefallen, weil der Profetier seine Anschuldigungen auf wiederholtes Erfragen der Bevollmächtigten nicht zurückgenommen habe.

Der Redner, welcher das Wort „Lügner“ gebraucht habe, sei von dem Versammlungsleiter sofort gerügt worden.

Das in dem „Vorwärts“-Artikel erwähnte Ranko sei nach näherer Begründung des Chmannes der Profetier über dessen Entziehung, durch Beschluß der Versammlung einschließlich der rechtssozialistischen Mitglieder der Ortsklasse aufgelegt worden.

Die Verichtigung sagt zwar, daß die Versammlung beschlossen hat, das vorhandene Ranko zu lassen der Allgemeinheit zu überlassen, gibt uns aber keinen Aufschluß über die Ursachen des Rankos. Es bleibt also für die Leser des „Vorwärts“ unklar, weshalb der unabhängige Kassierer schon nach einigen Wochen Amtstätigkeit ein Ranko von 680 M. zu verzeichnen hatte.

Aber es scheint, daß wir die Erklärung über die Ursache des Rankos in dem Schlußsatz der Verichtigung zu suchen haben, in welchem es heißt, daß dem Wunsch des Redners, den richtigen Mann am richtigen Platz, bereits früher nachgekommen sei; der neue Kassierer habe mit dem Ranko in keiner Weise etwas zu tun. — Ins richtige Deutsch übertragen soll das wohl heißen, daß die allgemeine Mitgliedschaft jene fehlende Summe ersehen muß, weil ein „revolutionärer“ Schrei die der Fähigkeit ermangelte, das Ranko zu verteilen.

## Transportarbeiter!

In der Pianofortefabrik Richard & Söhne, Treptow, Eisenstr. 106, befinden sich die Kollegen seit dem 29. Januar 1920 im Streik. Die Firma beharrt weiter auf ihrem Standpunkt. Um nun die verkauften Instrumente an die Kundschaft zu befördern, benutzte die Firma zur Verbringung der Streikarbeit folgenden Subbetrieb: Stephan Slupinski, Berlin SO 20, Adalbertstr. 87, unter Mithilfe des Vereins der Instrumententräger. Diese sollen die Instrumente des Abends von der Fabrik ab, bringen dieselben nach dem Hof von Slupinski, woselbst sie über Nacht auf dem Hof stehen bleiben. Am nächsten Morgen werden die Pianos zur Bahn befördert und verladen.

Kollegen, die Augen auf! Weibet solche Betriebe und werde keiner zum Streikbrecher, sondern unterstützt unsere dortigen Kämpfer! Denkt an eure Ehrenpflicht! Deutscher Transportarbeiterverband, Branche der Holzindustrie.

## Der Tarifvertrag der technischen Angestellten im Bergbau.

Sollte auf Wunsch der Angestelltenverbände einer Revision unterzogen werden, um die durch die erhöhten Kosten der Lebenshaltung notwendig gewordene Gehaltsauflockerung herbeizuführen. Die Verbände, in Sonderheit der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Bergmeister-Verband und der Fördermaschinen-Verband, denen etwa 90 Proz. aller in Betracht kommenden Angestellten angeschlossen sind, forderten bei dieser Gelegenheit den Föderationsverband eine stärkere Erfassung der verschiedenen im Bergbau tätigen technischen Angestellten. Das lehnte der Föderationsverband jedoch ab. Er erklärte sich zwar bereit, einer allgemeinen Gehaltsauflockerung zuzustimmen, wollte aber die im alten Vertrag bestehenden Ungerechtigkeiten in der Gehaltsbemessung der verschiedenen Angestellten nicht beseitigen. In diesem Überstände der Arbeitgeber scheiterten die am 6. Februar stattgefundenen Verhandlungen. Da der Vertrag zum 29. Februar gekündigt ist, fordern die Angestellten nunmehr seine grundsätzliche Erneuerung.

Es ist verständlich, daß sich der Angestellten infolge der auch durch die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne anerkannten überaus ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine große Erregung bemächtigte, nachdem ihnen bekannt geworden war, daß der Föderationsverband aus den oben erwähnten Gründen die Revision des Vertrages abgelehnt hat. Zu wünschen wäre, daß die neuen Verhandlungen so schnell wie irgend möglich aufgenommen werden, damit es im Ruhrkohlenbergbau nicht noch zu einem Konflikt mit den Angestellten kommt.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat dem Föderationsverband gemeinsam mit dem Deutschen Bergmeister-Verband und dem Fördermaschinenverband einen sehr sorgfältig ausgearbeiteten Vertragsentwurf unterbreitet. An der Ausarbeitung dieses Vertrages haben namhafte Vertreter aller im Bergbau tätigen Angestelltenverbände mitgearbeitet, so daß man ihn wohl als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage ansehen kann. Öffentlich kommt es recht bald zu einer Einigung, damit unser Wirtschaftsleben vor schweren Erschütterungen bewahrt bleibt.

Eine gut besuchte Versammlung der in den Berliner Buchhandlungsbetrieben beschäftigten Partzeiler, Bader usw. beschäftigte sich mit den von Arbeitgeberverband und Deutscher Buchhändler nach längeren Verhandlungen bewilligten Teuerungszulagen. Nach demselben sollen rückwirkend ab 1. 1. 1920 gezahlt werden: für den Monat Januar 15 M. pro Woche, für die Monate Februar und März 20 M. pro Woche für über 20 Jahre alte männliche und weibliche Arbeitnehmer. Für Jugendliche für Januar: 7 M., 10 M. und 12,50 M. pro Woche, für Februar und März: 6 M., 12,50 M. und 15 M. pro Woche, in den einzelnen Lohnklassen. In der regen Ansprache erklärten die Versammelten diese Höhe als durchaus unzureichend, sie beauftragten die Organisationsleitung, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Die seit Monaten wartenden und in Bedrängnis geratenen Arbeitnehmer fordern von den Unternehmern die sofortige Gewährung eines Pauschal-Vorkaufes, bis die Verhandlungen endgültig geregelt sind. Die Versammelten beschloßen die Kündigung des Tarifs zum 31. 3. 20.

Die Löhne der über 20 Jahre alten Beschäftigten betragen nach dem neuen Angebotskatalog für Partzeiler, Bader: Mindestlohn 110 M., Höchstlohn 140 M. pro Woche, Aufsicht 120—140 M., Weibliche 80—100 M., Jugendliche 14—20 Jahre 37,50—93 M.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mitregnet, trocken und übermäßig heiß. In der Nacht zu Sonntag ebenfalls im Osten ziemlich gelinder Frost, in den Tagesstunden überaus ziemlich mild.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Felix Ritter, Charlottenburg; für Anzeigen: E. Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Simon u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Diercke 1 Verlag.

# Gewerkschaftsbewegung

## Das Gesetz zur Neuaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft.

Einer, der im Kampfe gegen das Betriebsrätegesetz sich weiser gezeigt hat, daß es ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter sei, attestiert es all denen, die am Zustandekommen des Gesetzes gearbeitet haben, noch einmal in einem Leitartikel der „Freiheit“ am

# 30000 Kommentare zum Betriebsrätegesetz in 8 Tagen verkauft!

Die ersten Urteile der Presse:

Der Hilfsreferent im Reichsarbeitsministerium Dr. G. Flatow ließ im Vorwärts-Verlag einen sehr beachtenswerten Kommentar zum Betriebsrätegesetz erscheinen. Der Verfasser war am Werdegang des Gesetzes auf das Intensivste beteiligt. Er sah als Vertreter des Arbeitsministeriums im 7. Ausschuss. Die erläuternden Noten verretten auf Schritt und Tritt den sozialpolitisch geschulten Juristen. Kein Gewerkschaftsfunktionär kann ohne diesen Kommentar namentlich

im Wahlkampf auskommen. In jedem Betriebsrat wird der Kommentar in mindestens 1 Exemplar vorhanden sein müssen. Eine kompetentere Arbeit auf diesem Gebiet wird kaum erscheinen können. — Das Berliner Tageblatt schreibt: Als ein wertvolles Hilfsmittel zum eindringenden Verständnis des Betriebsrätegesetzes darf der ausführliche Kommentar bezeichnet werden, den Dr. Georg Flatow, Hilfsreferent im Reichsarbeitsministerium, im Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben hat.

**Vorzüge:** Allgemein verständliche Einführung in den Grundgedanken des Gesetzes. — Ausführliche Erläuterung des Gesetzes und der Wahlordnung mit zahlreichen Beispielen. — Anhang: Verordnung über Tarifverträge, Schlichtungsausschüsse, Einstellungszwang für Kriegsteilnehmer und Schwerbeschädigte usw.

**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 2**

## Bestellschein

An die Verlagsbuchhandlung Vorwärts  
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Ich ersuche um Zusendung

durch \_\_\_\_\_  
von \_\_\_\_\_ Flatow, Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Gebd. 8.— Mk., brosch. 3,50 Mk. und 20%

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_

Bitte klar abfragen